

informationen

ANALYSEN | MATERIALIEN | ARBEITSHILFEN ZUM JUGENDSCHUTZ



■ Pädagogik 4.0

Vielfalt – Anerkennung – Inklusion

Andrea Nachtigall

Die (sozial-)pädagogische Praxis zwischen Diversity und Intersektionalität – wechselnde Perspektiven auf Vielfalt, Diskriminierung und Teilhabe

Dr. Ulrich Bürger

Wenn nicht jetzt – wann dann? Unabweisbare Notwendigkeiten zur Unterstützung der nachwachsenden Generation im demografischen Wandel

Impressum

Herausgeber:

Präsidium der Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
Marion v. Wartenberg, Angela Blonski
Wolfgang Borkenstein, Gerald Häcker, Petra Kilian

Redaktion:

Elke Sauerteig (verantw.)

Unter Mitarbeit der Fachreferent/-innen:

Henrik Blaich, Ute Ehrle, Bernhild Manske-Herlyn,
Ursula Kluge, Lothar Wegner

Die mit Namen versehenen Beiträge geben
die Meinung der Autorin/des Autors wieder.

Alle Rechte sind vorbehalten,
Vervielfältigungen sind nur mit Genehmigung
der Aktion Jugendschutz gestattet.

Konto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE75 6012 0500 0008 7018 00
BIC: BFSWDE33STG

Bezugspreis: Einzelheft € 4,00, Abonnement
€ 7,50 jährlich inkl. MwSt. und Versand

Auflage: 8.500
Erscheinungsweise: 2x jährlich
ISSN 0720-3551

Titelbild: Kreativ plus

Layout: Kreativ plus – Gesellschaft für
Werbung und Kommunikation mbH
Hauptstraße 28, 70563 Stuttgart
www.kreativplus.com

Druck: Henkel GmbH Druckerei
Motorstraße 36, 70499 Stuttgart

Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart-Degerloch
Tel. (07 11) 237 37-0
Fax (07 11) 237 37-30
info@ajs-bw.de, www.ajs-bw.de

Unterstützt durch das Ministerium für
Soziales und Integration aus Mitteln
des Landes Baden-Württemberg.

Inhalt

Andrea Nachtigall Seite 4

**Die (sozial-)pädagogische Praxis zwischen Diversity
und Intersektionalität – wechselnde Perspektiven auf Vielfalt,
Diskriminierung und Teilhabe**

Dr. Ulrich Bürger Seite 12

**Wenn nicht jetzt – wann dann?
Unabweisbare Notwendigkeiten zur Unterstützung der
nachwachsenden Generation im demografischen Wandel.
Wenn nicht jetzt – wann dann?**

Karl-Ulrich Templ Seite 20

Landesnetzwerk „inklusive politische Bildung“

PRAXIS 1

Jochen Kramer Seite 22

„Andrej ist anders und Selma liebt Sandra“

PRAXIS 2 Seite 25

Anita Meyer

Armutssensibel handeln – Inklusion ermöglichen

PRAXIS 3

Bastian Pelka Seite 28

**Teilhabe MIT digitalen Medien – Teilhabe IN digitalen Medien
Wie Soziale Arbeit digitale Medien zum Mittel und
Ziel ihrer Unterstützung von Teilhabe machen kann**

Medien und Materialien Seite 30

Aus der Arbeit der ajs Seite 35



Liebe Leserinnen und Leser,

Menschen in all ihrer Verschiedenheit als gleichwertig anzuerkennen gilt als große Errungenschaft wie auch immer wieder anzustrebendes Ziel einer humanen und modernen Gesellschaft. In Jugendhilfe und Schule sind die Fachkräfte heute mehr

denn je herausgefordert, der jeweiligen Individualität von Kindern und Jugendlichen durch entsprechende Angebote adäquat zu begegnen. Sie arbeiten mit Heranwachsenden, die sich unterscheiden: aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion, sexueller Identität, körperlicher Ausstattung, sozioökonomischer Lage, etc.

Diese Kategorien sind in den Blick zu nehmen, um damit einhergehende gesellschaftliche Ausgrenzungsvorgänge zu erkennen. Denn es gilt, Chancengerechtigkeit und Teilhabe für alle zu erreichen. Nur so können bei aller Verschiedenheit die gemeinsamen Ziele im gesellschaftlichen Miteinander im Auge behalten werden. Neben pädagogischen Angeboten sind zugleich strukturelle Maßnahmen notwendig.

Mit den Theorien und Ansätzen von Diversity und Intersektionalität, die Professor Dr. Andrea Nachtigall diskutiert, wird versucht, den komplexen Zusammenhang und die Wechselwirkungen verschiedener Kategorien, die zu Benachteiligung oder Ausgrenzung führen, zu erfassen. Sie bieten Grundlagen, um zu reflektieren, wie soziale Lebensräume gestaltet werden können, die niemanden ausschließen.

Die Forschungsergebnisse, die Dr. Ulrich Bürger vom Landesjugendamt Stuttgart präsentiert, zeigen die aktuellen und unumgänglichen Notwendigkeiten zur Unterstützung von jungen Menschen und Familien in einer alternden Gesellschaft.

Karl-Ulrich Templ skizziert die Herausforderungen, vor denen die politische Bildung steht, wenn sie inklusiv sein und Teilhabe für alle Menschen ermöglichen möchte.

Was bedeutet die genannte Vielfalt von Heranwachsenden für die Praxis in Jugendhilfe und Schule? Welche pädagogischen Konzepte fördern die Anerkennung von Verschiedenheit? Welche Ressourcen sind notwendig, um Kinder, Jugendliche und Familien zu befähigen, partizipativ das gesellschaftliche Miteinander zu gestalten? Drei Beispiele aus der Praxis geben hier Anregungen.

In diesen ajs-informationen finden Sie einige Beiträge unserer gleichnamigen Jahrestagung 2016. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

*Elke Sauerteig
Geschäftsführerin*

Die (sozial-)pädagogische Praxis zwischen Diversity und Intersektionalität – wechselnde Perspektiven auf Vielfalt, Diskriminierung und Teilhabe

Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die sich aus Menschen mit verschiedenen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten, natio-ethno-kulturellen Zugehörigkeiten¹, aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Generationen, vielfältigen Körperlichkeiten, Befähigungen und Behinderungen und vielen weiteren Kategorien zusammensetzt. Aber: Je nachdem, welche – realen oder zugeschriebenen – Merkmale eine Person in sich vereint, hat sie in unserer Gesellschaft mehr oder weniger Chancen und Teilhabemöglichkeiten!

Derzeit lässt sich eine Konjunktur von Begriffen wie Diversity, Heterogenität und seit einigen Jahren auch Intersektionalität in der Sozialen Arbeit wie auch den Erziehungs- und

Sozialwissenschaften beobachten, um die Unterschiedlichkeit und Verschiedenheit von Menschen analytisch zu fassen und Ansätze für den Abbau sozialer Ungleichheit sowie den (sozial-)pädagogischen Umgang mit Differenz und Vielfalt zu entwickeln. Diese Konjunktur steht wiederum im Kontext gesellschaftspolitischer Entwicklungen wie Globalisierung, Migrations- und Fluchtbewegungen, Pluralisierung von Lebens- und Familienformen, demografischer Wandel usw.

Der neue Hype mag auch damit zusammenhängen, dass Begriffe wie „Diversity“ – und erst recht „Vielfalt“ – insgesamt positiv besetzt sind: In Zeiten gesellschaftlicher Ökonomisierung, Individualisierung und Pluralisierung ist Vielfalt ein hohes Gut; wir alle sind unterschiedlich, wollen uns abheben, besonders sein und doch Anerkennung erfahren und dazugehören. Kurz: Vielfalt steht

für Freiheit und die Anerkennung von Individualität. Das englische „Diversity“ klingt zudem unverdächtiger, will heißen unpolitischer als die unbequeme Rede von sozialer Ungleichheit und Differenz – vielleicht ist auch das ein Grund für die Erfolgsgeschichte von Diversity und eine Erklärung dafür, warum der Begriff solchen wie Diskriminierung und Unterdrückung heute vorgezogen wird.

In diesem Beitrag werden die verschiedenen Begrifflichkeiten zunächst erklärt und voneinander abgegrenzt und in einem weiteren Schritt auf die Praxis Sozialer Arbeit bezogen. Dabei geht es vor allem darum, das Konzept Diversity in Richtung Intersektionalität weiterzuentwickeln und gesellschaftskritisch – mit Blick auf strukturelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse – zu fundieren. Für die Soziale Arbeit heißt das vor allem, sich die Frage zu stellen, wie sie selbst in die Bearbeitung, aber auch Aufrechterhaltung von Differenz- und Machtverhältnissen verstrickt ist. Im Anschluss an Sandra Smykalla (2013), Melanie Groß (2014) und andere schlage ich vor, Intersektionalität bzw. ein intersektional begründetes „Diversity“ als Analyse-, Reflexions- und Interventionsstrategie für (sozial-)pädagogisches Handeln zu nutzen, und verdeutliche zum Schluss anhand von Beispielen und Handlungsempfehlungen, wie dies konkret für die Arbeit mit Jugendlichen aussehen kann.

1 Zu diesem Begriff vgl. Mecheril et al. 2010.

Differenz und Differenzkonstruktionen in (sozial-)pädagogischen Kontexten

Im Kontext von Pädagogik, Bildung und Sozialer Arbeit in Deutschland findet der Begriff „Diversity“ etwa seit Anfang der 1990er-Jahre Verwendung (vgl. Mecheril/Plößer 2015: 322). Wörtlich übersetzt bedeutet Diversity zunächst Vielfalt, Heterogenität und Diversität in Bezug auf Identitäts- und Zugehörigkeitskategorien wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, Ethnizität, Alter, Behinderung, Klasse usw. Mit Diversity steht der Sozialen Arbeit zugleich ein Konzept zur Verfügung, das einen angemessenen Umgang mit der Verschiedenheit und Unterschiedlichkeit von Menschen in Aussicht stellt (ebd.). Neu ist die positive Grundhaltung, eine normative Haltung der grundsätzlichen Bejahung und Würdigung von Unterschiedlichkeit und Diversität, die in deutlichem Gegensatz zu früheren defizit- und problemorientierten Ansätzen steht.

Die Beschäftigung mit Differenz und Differenzkonstruktionen ist nicht nur aktuell en vogue, sondern wie Paul Mecheril und Melanie Plößer zu Recht betonen, von jeher konstitutiv für die Soziale Arbeit (vgl. Mecheril/Plößer 2015: 324). Die fachlich legitimierte Unterscheidung zwischen Normalität und Andersheit bildet demzufolge den Ausgangspunkt für (sozial-)pädagogische Interventionen, denen die Unterscheidung zwischen „hilfsbedürftig“ und „nicht hilfsbedürftig“ bzw. „problematisch“ und „nicht-problematisch“ immer schon vorausgeht. Differenz, also die Abweichung von einem Normalitätsmuster, wurde dabei jahrzehntelang in erster Linie als Problem und Defizit angesehen, z. B. Drogenkonsum oder Schulschwänzen, deren Bearbeitung „im Sinne einer Korrektur der Normabweichung mithin [...] grundlegender Bestandteil des staatlichen Auftrags der Sozialen Arbeit [ist]“ (ebd.: 323). Susanne Maurer (2001) hat deshalb die Soziale Arbeit unlängst als „Normalisierungsmacht“ bezeichnet, die an der Reproduktion von Normalität und Andersheit zentral beteiligt ist und in ihrem Bezug auf die als anders markierten Adressat*innen diese immer auch *als Andere* hervorbringt.

Hier deutet sich bereits ein grundlegendes Dilemma Sozialer Arbeit im Umgang mit Differenz an (vgl. im Folgenden Mecheril/Plößer 2015: 324; weiterführend Mecheril/Plößer 2009; Kessl/Plößer 2010): Differenzen sind Ausgangspunkt für sozialpädagogisches Handeln mit der Gefahr der normalisierenden Anpassung an vorherrschende Normalitätsmodelle. Zugleich sind

Kategorisierungen und Differenzmarkierungen notwendig, um fehlende Ressourcen, Diskriminierungen und Benachteiligungen von Adressat*innen der Sozialen Arbeit überhaupt problematisieren zu können. Der Bezug auf gesellschaftliche Differenzordnungen wie „männlich“ oder „weiblich“, „Migrationshintergrund“ oder „kein Migrationshintergrund“ ist für die Soziale Arbeit unverzichtbar, will sie Ausschlussverfahren und Benachteiligung thematisieren und zum Abbau sozialer Ungleichheitsstrukturen beitragen – z. B. durch die Etablierung spezifischer Angebote für Mädchen und Frauen, Migrant*innen, Menschen mit Behinderung etc.

Für den Kontext Schule gilt Ähnliches: Differenz wird hier nicht nur bearbeitet, sondern auch erzeugt und fortgeschrieben. Studien wie z. B. die PISA-Studien zeigen, dass

Bildungserfolg in Deutschland maßgeblich von der sozialen und natio-ethno-kulturellen Herkunft abhängt (vgl. auch Dirim/Mecheril 2010; Gomolla/Radtke 2009). Zwar werden in demokratischen Bildungsinstitutionen unter der Maxime der Gleichberechtigung und Chancengleichheit gleiche Ausgangsbedingungen geschaffen, diese führen häufig aber gleich-

zeitig zu einer Reproduktion von Ungleichheit, weil aufgrund ihrer sozialen Herkunft häufig nur die ohnehin Privilegierten von den vorherrschenden Normalitätsmustern profitieren, andere in diesem System jedoch gravierende Nachteile erfahren. Das bedeutet, Gleichbehandlung bei gegebenen Unterschieden – also das Ausblenden oder Ignorieren von Differenzen – kann Benachteiligung fort-schreiben und bestätigen. Ein Beispiel wäre die Sprache, die an einer Schule gesprochen wird (vgl. Mecheril/Plößer 2009). Nicht die Schüler*innen, die kein Deutsch sprechen, sondern die Schule, die keinen mehrsprachigen Unterricht anbietet, ist das Problem.

.....
Mit Diversity steht der Sozialen Arbeit ein Konzept zur Verfügung, das einen angemessenen Umgang mit der Verschiedenheit und Unterschiedlichkeit von Menschen in Aussicht stellt.

Begriffsklärung: Von Diversity zu Intersektionalität und zurück

Diversity hat sich im öffentlichen Diskurs als griffiger Topos etabliert, was eine Konkretisierung, wie der Begriff genau gefüllt und das Konzept verwendet wird, erst recht unerlässlich macht. So taucht der Begriff Diversity auch im Kontext von Wirtschaft und Management seit einigen Jahren verstärkt auf und fungiert dort als „Managing Diversity“ oder „Diversity Management“ als ein wichtiges Prinzip der Unternehmensführung. Diversity Management dient hier als wichtiges personalpolitisches Steuerungsinstrument, das Differenzen zwischen Menschen positiv besetzt und die Berücksichtigung von Unterschieden als



Abbildung: Aktuelle Werbekampagne von Daimler (Screenshot), siehe: <https://www.daimler.com/karriere/das-sind-wir/diversity/> (30.03.2017)

Schlüssel zum unternehmerischen Erfolg betrachtet. Diversity bzw. Vielfalt wird dabei als Ressource, vor allem aber als Mittel zum Zweck verstanden. So werden Unterschiede zwischen Mitarbeiter*innen primär unter dem Gesichtspunkt des (ökonomischen) Nutzens betrachtet. Eine hohe Zufriedenheit am Arbeitsplatz beispielsweise, ohne Ausgrenzung und Diskriminierung, ist förderlich für ein gutes Arbeitsklima, was sich wiederum positiv auf Leistung und Output auswirkt. Auch nach außen sind Label wie Diversity und Vielfalt mittlerweile wichtige Wettbewerbsfaktoren, mit denen sich Einrichtungen, Unternehmen oder Marken gerne schmücken, weil sie ein positives und modernes Image suggerieren – und zudem neue Käufer*innen- und Nutzer*innen-Gruppen akquirieren helfen (s. Abb.).

Diversity in Gestalt von Managing Diversity geht es also im Wesentlichen um Effektivitätssteigerung und Profitmaximierung – eine Übertragung auf sozialpädagogische

Handlungsfelder ist fraglich. Durch den einseitigen Fokus auf Differenz als aner kennenswerte Ressource wird verschleiert, dass Differenzen mit strukturellen und institutionellen Dominanz- und Ungleichheitsverhältnissen einhergehen – und genau deshalb zum Gegenstand (sozial-)pädagogischer Interventionen werden (Mecheril/Plöbner 2015: 328). Zudem droht eine erneute Essentialisierung und Stereotypisierung durch die gezielte Betonung von Differenzen – wenn auch diesmal unter umgekehrten Vorzeichen.

Anschlussfähiger für die Konzeptualisierung von „Diversity“ im Kontext Sozialer Arbeit erweisen sich Anerkennungstheoretische sowie Ansätze aus dem Bereich der Anti-Diskriminierungspolitik, wo der Begriff „Diversity“ vor allem auf EU-Ebene und im Zuge der Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes 2006 auftaucht. Der Übergang von Diversity-Ansätzen, die den Akzent auf Antidiskriminierung setzen, zu Ansätzen, die eher die Anerkennung von Identitäten und Zugehörigkeiten in den Vordergrund rücken, ist fließend (vgl. zu dieser Unterscheidung ausführlich Mecheril/Plöbner 2015). Der Fokus von Anerkennungsansätzen ist laut Mecheril und Plöbner nicht nur auf „Ausgleich und Fairness unter gegebenen Bedingungen“ (ebd.: 327), sondern grundlegender auf die Veränderung der Bedingungen sowie die fortwährende Herstellung von Differenz und sozialer Ungleichheit im Alltag gerichtet. Anerkennungstheoretisch ausgerichtete Diversity-Ansätze problematisieren zudem die Verengung auf *eine* zentrale Kategorie, wie es z.B. in Ansätzen des Gender Mainstreaming oder der Interkulturellen Öffnung geschieht (vgl. ebd.).

Hier setzt auch das Konzept der Intersektionalität an, das sich als notwendiges Korrektiv und Weiterentwicklung von Diversity-Ansätzen nutzen lässt. „Intersektionalität“ hat seine politischen und wissenschaftlichen Wurzeln im US-amerikanischen *Black Feminism* und wurde entwickelt mit dem Anspruch, gerade die Verwobenheit und das Zusammenwirken von unterschiedlichen Diskriminierungsformen in den Blick zu nehmen (vgl. Crenshaw 1989). *To intersect* bedeutet zunächst wörtlich übersetzt: sich überkreuzen, überlagern, überschneiden. *Intersection* ist demnach der Schnittpunkt, die Schnittmenge oder auch die Straßenkreuzung bzw. hier die Überkreuzung und Gleichzeitigkeit von sozialen Zugehörigkeiten und Diskriminierungsformen.²

2 Die US-amerikanische Juristin Kimberly Crenshaw, die den Begriff 1989 erstmals verwendet hat, greift die Metapher der Straßenkreuzung auf, um auf die spezifischen (Diskriminierungs-)Erfahrungen schwarzer Frauen in den USA zu beschreiben.

Ausdrücklich wendet sich das Konzept Intersektionalität gegen die herkömmlichen eindimensionalen Sichtweisen auf Differenz. Damit verbunden ist eine grundsätzliche Skepsis gegenüber vermeintlich natürlichen Kategorien und Zugehörigkeiten sowie eine Kritik unzulässiger Homogenisierungen, wie sie dem Sprechen über *die* Frauen, *die* Geflüchteten, *die* Menschen mit Behinderung etc. inhärent ist. An die Stelle eines rein additiven Verständnisses von Unterdrückung und Diskriminierung tritt ein neues Verständnis komplexer Macht- und Ungleichheitsdynamiken, wobei die verschiedenen Differenzkategorien als sich überlappend und gegenseitig beeinflussend verstanden werden: „Es geht demnach nicht allein um die Berücksichtigung mehrerer sozialer Kategorien, sondern ebenfalls um die Analyse ihrer Wechselwirkungen.“ (Walgenbach 2014: 54f.; Hervorh. i.O.). Personen sind durch ihre (tatsächliche oder angenommene) Zugehörigkeit zu einer Kategorie mit bestimmten Privilegien ausgestattet oder aber Diskriminierungen ausgesetzt. Welche Differenz/Zugehörigkeit jeweils auf welcher Ebene (individuell, strukturell, symbolisch) relevant wird, ist kontextabhängig. Die verschiedenen Zugehörigkeiten oder Zuschreibungen können wiederum für den individuellen Identitätswurf unterschiedliche Gewichtung und Bedeutung haben.³

Ein weiterer entscheidender Unterschied ist, dass das Konzept Intersektionalität anders als Diversity-(Management)-Ansätze explizit die mit den Kategorien verbundenen strukturellen Macht- und Herrschaftsverhältnisse zum Thema macht. Das heißt: Sexismus, Rassismus, Klassismus, Homo-, Trans* und Inter*feindlichkeit, Altersdiskriminierung (Ageism), Behindertenfeindlichkeit (Ableism), Diskriminierung aufgrund des Aussehens, der Kleidung oder des Körpers (Lookism, Bodyism) können nicht getrennt voneinander, sondern müssen stets in ihren Verwobenheiten und im Zusammenspiel analysiert werden.

Intersektionalität fokussiert dabei im Unterschied zu Diversity nicht nur auf die verschiedenen Diskriminierungsformen, sondern regt zur Auseinandersetzung mit Privilegien an, wie z.B. im Alltag nicht behindert zu werden, heterosexuell zu sein oder als „Weiße-Deutsche“ gelesen

zu werden. Diese Zugehörigkeiten sind für viele Menschen im Alltag selbstverständliche Gewissheiten, die keiner Reflexion bedürfen, weil sie ja die vermeintliche Norm und das Normale repräsentieren.

Aktuell lässt sich in (sozial-)pädagogischen Diskursen eine Beibehaltung des Diversity-Begriffs unter intersektionalen Vorzeichen beobachten. Vorteil des Diversity-Begriffs ist gegenüber älteren ungleichheitsbezogenen Ansätzen zunächst der positive und wertschätzende Blick auf Vielfalt und die Ausweitung des Blicks auf verschiedene Differenzlinien gleichzeitig. Ein bloßes „Lobpreisen“ oder „Managen“ von Vielfalt kann einer sich als emanzipatorisch und kritisch verstehenden Sozialen Arbeit jedoch nicht genügen, wenn die Bedingungen sozialer Differenz und Ungleichheit unangetastet bleiben. Diversity-Konzepte müssen deshalb intersektional fundiert, vor allem aber um eine machtkritische Perspektive nach innen wie nach außen ergänzt werden. Leah Czollek und andere sprechen in diesem Sinne von einem ganzheitlichen, „politisierten Diversity“ (Czollek/Perko/Weinbach 2009) und Mecheril und Plößer von einem „kritisch-reflexiven Diversity“ (Mecheril/Plößer 2015). Ein solchermaßen politisiertes, reflexives Diversity-Konzept ist eine diskriminierungskritische (sozial-)pädagogische Praxis, in der es um die grundlegende Veränderung von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen sowie um ein komplexes Verständnis von Vielfalt und Verschiedenheit geht. Dabei sind sowohl die individuelle, die institutionelle wie auch die gesellschaftliche Ebene in den Blick zu nehmen als auch bestehende Ansätze wie Feminismus, Antirassismus, Interkulturelle Öffnung, Enthinderungskonzepte, Social Justice etc. zu integrieren.

Für die Soziale Arbeit heißt dies zum einen, ihre eigenen Verstrickungen in Machtverhältnisse zu erkennen und anzuerkennen. Denn wie so oft ist Soziale Arbeit nicht nur Teil der Lösung, sondern auch Teil des Problems. Eine erste

.....
Diversity-Konzepte müssen intersektional fundiert, vor allem aber um eine machtkritische Perspektive nach innen wie nach außen ergänzt werden.

3 Adusei-Poku, Nana (2012) bringt folgendes Beispiel: „Im Supermarkt wird einer Schwarzen Frau egal welcher sexuellen Orientierung durch die Kassiererin suggeriert, dass sie ‚anders‘ sei, indem sie in gebrochenem Deutsch angeredet wird (obgleich Deutsch ihre Muttersprache ist). Im nächsten Moment wird sie von ihrem Vorgesetzten sexuell belästigt, weil sie ja ‚so schön exotisch und rassig‘ sei. Im ersten Fall schwingen rassistische Denkfiguren mit, im zweiten dagegen sexistische gekoppelt an rassistische. Ein Mensch kann an einem Tag Rassismus, Sexismus, Exotisierung, Homophobie und Altersdiskriminierung auf alltags-, institutioneller und familiärer Ebene ausgesetzt sein und muss sich immer wieder neu innerhalb dieser Situationen verteidigen. Die Positionen der Menschen sind also immer relational zu dem, was an sie herangetragen wird – die Kategorien wie auch die Diskriminierungen, die auf sie zutreffen, sind dynamisch.“

Konsequenz bestünde laut Plößer und Mecheril darin, sich dem „Feiern der Differenz(en)“ zu enthalten und vielmehr genau zu registrieren, „unter welchen Bedingungen das Eintreten für Differenz(en) weniger machtvoll ist“ (Mecheril/Plößer 2015: 329). Soziale Arbeit steht somit niemals außerhalb der Macht. Sie kann jedoch ihre eigene Praxis auf ihre homogenisierenden, normierenden und ausschließenden Effekte hin überprüfen, die durch eine Ausblendung von Differenzen, aber auch durch die „festlegende Macht, die durch die Anerkennung von Andersheit und Vielfalt zur Geltung kommt“ (ebd.: 330), produziert werden. Damit

.....

Soziale Arbeit muss stets den kritischen Blick nach außen, aufs Ganze, beibehalten, um Diversity und Intersektionalität gesellschaftskritisch zu kontextualisieren.

bleibt zwar auch das politisierte, kritisch-reflexive Diversity dem unauflösbaren Dilemma verhaftet, auf der einen Seite aufmerksam gegenüber der Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Adressat*innen Sozialer Arbeit zu sein und Unterstützungsangebote darauf abzustimmen – auf der anderen Seite dadurch aber Differenzen und Zuschreibungen zu reproduzieren. Kritisch-reflexive Professionalität in der Sozialen Arbeit bedeutet jedoch, nicht bloß einen Umgang mit der Heterogenität der Adressat*innen zu finden, sondern einen Umgang mit dem unhintergehbaren Dilemma der Differenz zu suchen, indem die Paradoxie der gleichzeitigen Anerkennung und Dekonstruktion nicht negiert, sondern zum Ausgangspunkt (sozial-)pädagogischen Handelns genommen wird (Nachtigall/Smykalla 2015: 87).

Bis heute ungeklärt und zumal heftig umstritten ist zudem die Frage, welche und wie viele Kategorien Gegenstand der Konzepte Diversity und Intersektionalität sind und ob alle Differenzlinien als gleich wichtig anzusehen sind – oder welche implizit oder explizit als weniger relevant und nachrangig eingestuft werden.⁴

Zum anderen muss Soziale Arbeit stets den kritischen Blick nach außen, aufs Ganze, beibehalten, um Diversity und Intersektionalität gesellschaftskritisch zu kontextualisieren. Der analytische Wert von Intersektionalität wird „erst durch die Einrahmung in einem antirassistischen

und postkolonialen gesellschaftskritischen Kontext ausbuchstabiert“ (Erel et al. 2007: 245). Die Ereignisse in der Silvesternacht 2015 in Köln zeigen die Wichtigkeit einer solchen intersektionalen *kritischen* Analyse, mit der deutlich wird, dass verschiedene Zugehörigkeiten auch gegeneinander ausgespielt oder für politische Interessen und repressive Politiken vereinnahmt werden können. „Sind wir über Nacht zu einer feministischen Nation geworden?“, fragt etwa Sabine Hark in der ZEIT (zeit online, 18.1.2016) angesichts der großen medialen Empörung über die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht, in die sogar konservative und rechte Gruppierungen und Parteien einstimmten. Titelbilder und Schlagzeilen erzürnten sich über sexuelle Gewalt gegen Frauen, wobei Sexismus und Frauenfeindlichkeit klar aufseiten der vielen neuen Geflüchteten, also der vermeintlich „Anderen“, verortet und damit „nach außen“ projiziert wurden. Antisexismus und der Schutz der „weißen“ Frau wurden hier – nicht zum ersten Mal – von rechter und konservativer Seite vereinnahmt und für eigene politische Interessen instrumentalisiert, hier in der Auseinandersetzung um die sogenannte Flüchtlingskrise und für die Forderung nach einer Obergrenze für Geflüchtete in Deutschland. Die Art der Darstellung bedient sich dabei altbekannter rassistischer und neokolonialistischer Deutungsmuster, die in affektheischer Weise dazu beitragen, eine ganze Gruppe von Menschen – vornehmlich Männer mit muslimischen Hintergrund – pauschal als sexistisch und frauenfeindlich zu markieren. Im Gegenzug lassen sie ein Bild von Deutschland als toleranter Gesellschaft aufleben, in der es keinen Sexismus und angeblich auch keine Homophobie gibt.

Diversity und Intersektionalität in der Sozialen Arbeit – Perspektiven für (sozial-)pädagogisches Handeln

Im Anschluss an das intersektionale Mehrebenenmodell von Winker und Degele (2009) erarbeitet Groß Vorschläge, wie Intersektionalität – bzw. ein intersektional reformiertes Diversity-Konzept – für Pädagogik und Soziale Arbeit konkret werden kann, wenn man die Ebenen der Strukturen, der symbolischen Repräsentationen sowie der individuellen Identitätskonstruktionen berücksichtigt.

4 Geschlecht gilt vielen bis heute als besonders wirkmächtige individuelle wie strukturelle Differenzkategorie. Im AGG werden die sogenannten „big six“ berücksichtigt – Geschlecht, Ethnizität, Religion, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung –, nicht jedoch soziale Schicht bzw. Klasse – eine gerade im deutschen Bildungs- und Berufssektor zentrale Ausschlusskategorie. Weit verbreitet ist auch der Bezug auf die klassischen drei Kategorien *Race – Class – Gender*, seit den 1970er-Jahren auch als *triple-oppression*-Modell bekannt. Degele/Winker (2009) nehmen als vierte große Kategorie den „Körper“ hinzu, in der Aspekte wie Alter, körperliche Verfasstheit, Gesundheit und Attraktivität gebündelt sind.

Groß plädiert dafür, Intersektionalität als Analyse, Reflektions- und Interventionsstrategie für das pädagogische Handeln zu bestimmen und unterscheidet zwischen 1. Zielgruppenanalyse, 2. Selbstreflexivität der Fachkräfte und 3. konkreten Interventions- und Handlungskonzepten (Groß 2014: 176ff.). Ich möchte dieser Unterscheidung folgen und anhand von Beispielen einer geschlechter- und diversitätsbewussten Sozialen Arbeit (insbesondere mit Jugendlichen) näher ausführen.

Zielgruppenanalyse meint Groß zufolge die intersektionale Analyse der konkreten Zielgruppe im Sozialraum mit dem Ziel, Unterstützungsbedarfe zu ermitteln und Angebote zu entwickeln, die Pauschalisierungen einerseits und Ausgrenzungen andererseits verhindern (ebd.). Dafür wäre u. a. zu erfragen:

- Wie vielfältig ist die Zielgruppe zusammengesetzt? (Was weiß ich überhaupt wirklich und was sind unterstellte Hintergründe der Jugendlichen?)
- Welche Differenzen sind sichtbar, welche bleiben unsichtbar?
- Wer entscheidet, welche Differenzen als wichtig erachtet werden?
- Wer profitiert von dem Angebot, wer wird ausgeschlossen?
- Auf welche Differenzzusammenhänge werden die Jugendlichen festgelegt? Welche Kategorie steht im Vordergrund?
- Welche besonderen Bedarfe und Bedürfnisse ergeben sich aus den heterogenen Lebenswelten für die Gestaltung oder Erweiterung der Angebotsstruktur?

Die Ebene der *Selbstreflexion der Fachkräfte* bezieht sich auf ein Erkennen und Bearbeiten der bereits weiter oben dargestellten eigenen Verstrickungen in Macht- und Ungleichheitsverhältnisse, d. h. der in der Sozialen Arbeit vorherrschenden Normalisierungen, Homogenisierungen, Ausschließungen und Ausgrenzungen aufgrund von Nichtberücksichtigung oder auch aufgrund von stereotypen Verallgemeinerungen von Gruppenzugehörigkeiten. Die Bereitschaft zur kritischen Selbstreflexion aufseiten der pädagogischen Fachkräfte, die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie und dem eigenen „Geworden-Sein“, ist dabei eine wesentliche Voraussetzung und zugleich entscheidendes Merkmal für Professionalität. Folgende Fragen können der Selbstreflexion dienlich sein (vgl. hierzu auch Groß 2014: 177 f. und Queerformat 2012: 113 ff.):

- Wird wirklich *allen* Jugendlichen ein offener Raum angeboten, in denen sie sich ohne Angst vor Diskriminierung bewegen können und sich angenommen fühlen?
- Herrscht in der Einrichtung ein wertschätzendes Klima für alle Lebensentwürfe und Begehrensformen vor? Signalisiere ich allen Jugendlichen „Du bist in Ordnung, so wie du bist!“? Geschlechtsneutrale Formulierungen können hier hilfreich sein. Sie könnten z. B. eine Jugendliche anstelle der normierenden Frage: „Hast du schon einen Freund?“, fragen, ob sie verliebt ist (vgl. Queerformat 2012: 113). Soche kleinen verbalen Signale können gerade für Jugendliche ein großes und wichtiges Zeichen für die Offenheit gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen sein und signalisieren Interesse und Gesprächsbereitschaft. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass sich viele Jugendliche nicht oder erst später „outen“, weil sie berechtigte Angst vor Ablehnung haben (ausführlich dazu die Studie des DJI; Krell/Oldemeier 2015). Und: wir können davon ausgehen, dass in einer Gruppe von Menschen *nicht* alle Menschen heterosexuell sind – auch wenn es für uns so scheint. Ebenfalls lässt das Aussehen einer Person *keine* eindeutigen Gewissheiten über ihre Geschlechtsidentität (nicht alle Menschen identifizieren sich mit ihrem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht) zu (vgl. Queerformat 2012: 113).
- Welche impliziten Normvorstellungen und Werte habe ich im Kopf, wenn ich an ein „typisches Mädchen“ oder einen „typischen Jungen“ denke? Signalisiere ich durch mein Handeln, dass es genauso „normal“ ist, wenn ein Junge lange Haare hat oder ein Mädchen nicht den üblichen Weiblichkeits- und Schönheitsvorstellungen entspricht?
- Akzeptiere ich den Wunsch, wenn eine Jugendliche mit einem anderen Vornamen oder Personalpronomen angesprochen werden möchte?

.....

Die Ebene der Selbstreflexion der Fachkräfte bezieht sich auf ein Erkennen und Bearbeiten der eigenen Verstrickungen in Macht- und Ungleichheitsverhältnisse, d. h. der in der Sozialen Arbeit vorherrschenden Normalisierungen, Homogenisierungen, Ausschließungen und Ausgrenzungen aufgrund von Nichtberücksichtigung oder auch aufgrund von stereotypen Verallgemeinerungen von Gruppenzugehörigkeiten.

- Beziehe ich konsequent und deutlich Stellung gegen Diskriminierung, wenn z. B. „schwul“ oder „Spast“ als Schimpfworte fallen?
- Wie vielfältig ist das Team zusammengesetzt? Wer übernimmt welche Tätigkeiten in der Einrichtung, z. B. achte ich darauf, dass nicht immer nur der männliche Mitarbeiter mit den Jungen Fußball spielt und die weibliche Mitarbeiterin mit den Mädchen kocht?
- Welche pauschalisierenden und stereotypen Vorstellungen habe ich im Kopf, wenn ich an Geflüchtete, Menschen mit Behinderung, Trans*Personen etc. denke?

.....

Jedes Kind, jeder Jugendlicher muss sich in der Einrichtung wiederfinden, wiedererkennen können und auch die Erfahrung machen, dass seine Familie und Freund*innen willkommen sind und geschätzt werden.

- Biete ich in meiner Einrichtung Materialien an, die nicht ausschließlich heterosexuelle, zweigeschlechtliche, weiße etc. Normbilder bedienen, sondern die Vielfalt an unterschiedlichen Lebens-, Beziehungs- und Familienformen widerspiegeln (z. B. in Romanen, Filmen, Schulbüchern, auf

Postern und Plakaten, die die Einrichtung dekorieren etc.)?

- Verfüge ich über ausreichende Informationen und Wissen über die unterschiedlichen Lebenssituationen, Bedürfnisse und Bedarfe z. B. von geflüchteten und/oder LSBTIQ* Jugendlichen? Kenne ich entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote, Selbsthilfestrukturen, Treffpunkte etc., auf die ich verweisen kann?
- Sind Vielfalt und Antidiskriminierung in Strukturen, Leitbildern, Personalentscheidungen, Außendarstellungen, Öffentlichkeitsarbeit etc. systematisch und explizit verankert?

Der letzte Punkt, *Interventions- und Handlungskonzepte*, umfasst Groß zufolge schließlich Strategien der Intervention in Ungleichheitsverhältnisse auf den Ebenen soziale Strukturen, Identitätskonstruktionen und symbolischen Repräsentationen. Grundsätzlich lassen sich m. E. zwei unterschiedliche Herangehensweisen unterscheiden:

1. Eine Handlungsstrategie kann es sein, im Sinne intersektionaler Verschränkungen *spezifische Angebote* für

bestimmte Zielgruppen zu schaffen oder bestehende Angebote zu erweitern. So braucht es möglicherweise neben der Mädchengruppe noch eine Gruppe für Mädchen mit Behinderung oder eine Coming-out-Gruppe für schwule und lesbische und/oder trans- und intergeschlechtliche Jugendliche. Der positive Bezug auf „Differenz“ kann zudem Sichtbarkeit, Selbstbestimmung und Empowerment bedeuten. So sind Isbtqi* Jugendliche in den meisten Einrichtungen der Jugendhilfe unsichtbar oder werden in erster Linie als Menschen mit besonderen Problemen und Defiziten betrachtet. Aus den wenigen Studien zu LSBTIQ* geht hervor, dass die Jugendphase für Jugendliche, die nicht den heteronormativen Vorgaben entsprechen, besonders vulnerabel ist. Das Gefühl, die eigene sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität entgegen der sozialen Erwünschtheit zu empfinden, stellt die Jugendlichen häufig vor eine schwierige Aufgabe. Diskriminierungserfahrungen und Ablehnung in Familie, Schule und Gesellschaft sind die Regel (vgl. Krell/Oldemeier 2015), was wiederum Rückzug, Unsicherheit und Depressionen sowie ein erhöhtes Suizidrisiko zur Folge haben kann.⁵ Partizipative und empowernde Unterstützungsangebote, z. B. community-basierte und Peer-Ansätze sind daher besonders wichtig.

Demgegenüber steht ein eklatanter Mangel an Fachwissen und Unterstützungsangeboten aufseiten der Fachkräfte, wie z. B. eine Befragung der Kinder- und Jugendhilfe in München ergeben hat. Die Studie zeigt, dass die Lebenslagen von lesbischen, schwulen und trans* Jugendlichen bei den Fachkräften insgesamt wenig bekannt sind, die Kinder- und Jugendhilfe so gut wie keine Angebote für Lesben, Schwule und Transgender vorhält und diese Zielgruppe in der Öffentlichkeitsarbeit der meisten Einrichtungen schlichtweg nicht vorkommen (vgl. Landeshauptstadt München 2011).

Auch in der Arbeit mit Geflüchteten bedarf es einer Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Angebotsstruktur, z. B. Beratungs- und Unterstützungsangebote für Isbtqi* Geflüchtete. Dies erfordert erneut die Infragestellung eigener Homogenitätsmuster: Geflüchtete werden häufig als in sich homogene Gruppe

5 Dass es hier keinen Grund zur Entwarnung gibt, belegt z.B. die Leipziger „Mitte“-Studie (Decker et al. 2016): So ist die Prozentzahl derjenigen, die Homosexualität generell für unmoralisch halten, (von 15,7 Prozent in 2009) auf 24,8 Prozent gestiegen. 36,2 Prozent sind dafür, dass Ehen zwischen zwei Frauen oder zwei Männern nicht erlaubt sein sollten, und 40 Prozent der Deutschen finden: „Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.“

wahrgenommen und hauptsächlich unter *einer* Kategorie subsumiert und allein über ihre Fluchtgeschichte definiert. Andere Kategorien geraten dabei in den Hintergrund, obwohl Geflüchtete genauso eine geschlechtliche und sexuelle Identität, vielfältige Körperlichkeiten, Befähigungen oder Beeinträchtigungen, Altersstufen, Religionszugehörigkeiten, Bildungsgrade etc. haben. So ist es zu begrüßen, dass mittlerweile Ansätze für die Beratung und Unterstützung von lesbisch* Geflüchteten erarbeitet wurden (siehe dazu exemplarisch die Handreichung der Schwulenberatung Berlin e. V.).

2. Eine zweite parallele Strategie oder Herangehensweise ist es, Intersektionalität und Diversity als *Querschnittsaufgabe jeder Sozialen Arbeit* zu verankern und eine dekonstruktive Haltung als Qualitätsmerkmal der Profession zu etablieren. Das bedeutet für eine geschlechter- und diversitätsbewusste Jugendarbeit: Vielfältige Identitäten und Lebensweisen sollten bei *allen* Angeboten und Aktivitäten mitgedacht, berücksichtigt und sichtbar gemacht werden, sodass möglichst *alle* Menschen angesprochen und einbezogen werden (z. B. auf der Webseite, in Flyern und Materialien etc.). Denn die Sichtbarkeit von vielfältigen Lebensweisen bei allen Aktivitäten und Angeboten ist wichtig zur Identifikation (vgl. Queerformat 2012: 115). Jedes Kind, jeder Jugendlicher muss sich in der Einrichtung wiederfinden, wiedererkennen können und auch die Erfahrung machen, dass seine Familie und Freund*innen willkommen sind und geschätzt werden. Themen wie geschlechtliche und sexuelle Vielfalt müssen dazu explizit thematisiert und in allen Inhalten und Strukturen der Einrichtung verankert werden (z. B. in Bildungsplänen).

Voraussetzung für dekonstruktives professionelles Handeln ist eine kritisch-reflexive Grundhaltung, d. h. die Bereitschaft der Fachkräfte zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Person und den gesellschaftlichen

Strukturen. Dies erfordert einerseits ein besonderes (Fach-)Wissen über individuelle und gruppenspezifische Lebenswelten – unter der Prämisse einer intersektionalen Verwobenheit von Differenzmarkierungen und Machtverhältnissen – sowie über die soziale Konstruiertheit vermeintlich natürlicher Differenzkategorien und ihrer Herstellungsmechanismen im Alltag (*doing gender, doing ethnicity, doing difference* etc.). Andererseits ist kritisch-reflexives Wissen und Sensibilität für die eigene Rolle als Professionelle*r, die eigene machvolle Praxis des Unterscheidens, Vereindeutigens, Klassifizierens, Diagnostizierens und den damit einhergehenden unzulässigen Generalisierungen, Stereotypisierungen und Ausschlüssen unumgänglich. Viel wäre bereits gewonnen, wenn die eigenen „Schubladen“, vermeintliche Gewissheiten über „die Mädchen“, „die Jungen“, „die Geflüchteten“, die „Sozialschwachen“ etc. infrage gestellt würden. Anstelle Personen(gruppen) auf bestimmte Merkmale, Verhaltensweisen etc. verallgemeinernd festzuschreiben, ginge es darum, die vielen Brüche und die tatsächliche Instabilität vermeintlicher Normalitäten ins Blickfeld zu rücken. Für Fachkräfte gilt es dabei immer auch, das o. g. Dilemma der Differenz zu erkennen und zum Ausgangspunkt professionellen Handelns zu machen.

Unverzichtbar bleibt bei alledem ein macht- und gesellschaftskritischer Blick nach außen und ein Rückbinden der Kategorien an die Verhältnisse. Wie das Beispiel „Köln“ gezeigt hat, gilt es stets zu fragen: Welche Differenzen werden von wem und zu welchem Zweck ins Feld geführt?

Von welcher Vielfalt und Differenz ist die Rede – und wer profitiert von Intersektionalitäts- und Diversity-Ansätzen, und wer nicht?

Eine ausführliche Literaturliste finden Sie unter <http://www.ajs-bw.de/ausgaben-2015-2017.html>

.....
Voraussetzung für dekonstruktives professionelles Handeln ist eine kritisch-reflexive Grundhaltung, d. h. die Bereitschaft der Fachkräfte zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Person und den gesellschaftlichen Strukturen.

Die Autorin

Prof. Dr. Andrea Nachtigall

arbeitet als Professorin für Gender und Diversity in der Sozialen Arbeit an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena (Fachbereich Sozialwesen). Forschungsschwerpunkte: Gender, Queer und Intersektionalität in der Sozialen Arbeit, Partizipative Forschung, LSBTIQ* in Thüringen, queere Jugendforschung. Kontakt: andrea.nachtigall@eah-jena.de

Wenn nicht jetzt – wann dann? Unabweisbare Notwendigkeiten zur Unterstützung der nachwachsenden Generation im demografischen Wandel

Die absehbaren und erheblichen Veränderungen im Altersaufbau der baden-württembergischen Bevölkerung stellen das Land in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor enorme Herausforderungen. Sie betreffen alle gesellschaftlichen Teilbereiche und damit auch die Perspektiven von jungen Menschen und Familien in einer alternden Gesellschaft.

Diese Entwicklungen kommen keineswegs unerwartet. In ihrer Grundtendenz waren sie seit Jahrzehnten vorhersehbar. Und was noch wichtiger ist: Auch im Blick auf die Zukunft handelt es sich dem Grunde nach um unumkehrbare Entwicklungen. Sicherlich werden zukünftige Ereignisse – ein Beispiel dafür sind die jüngeren Flüchtlingsbewegungen nach Europa und nach Deutschland – zu gewissen Anpassungen der Annahmen zur erwarteten Bevölkerungsentwicklung führen. An den grundlegenden Fragestellungen, Problemstellungen und Gestaltungserfordernissen, die die Umbrüche im Altersaufbau der Gesellschaft mit sich bringen, dürfte dies aber kaum Wesentliches ändern. Und ebenso unbestritten gilt auch, dass die langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen von unkalkulierbaren Faktoren beeinflusst werden können, die aus heutiger Sicht niemand vorhersagen kann. Dies gilt erst recht in Zeiten einer globalisierten Ökonomie und Ökologie, aber auch angesichts geopolitischer Entwicklungen und Verwerfungen, deren weitere Dynamiken nicht eingeschätzt werden können. Diese Feststellung ändert allerdings nichts daran, dass gesellschaftliche Zukunft heute gestaltet werden muss. Und wie auch immer sich Gesellschaft im Konkreten ausformen wird, wird sie die strukturellen Herausforderungen und Problemstellungen, die dieser Wandel mit sich bringt, einer konstruktiven Lösung zuführen müssen.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage hatte sich das KVJS-Landesjugendamt erstmals im Jahr 2010 im Rahmen eines umfassenden Berichts mit der Frage beschäftigt, was die demografischen Entwicklungen für die Handlungsbedarfe der Kinder- und Jugendhilfe bedeuten. Im Zentrum

dieser Untersuchung stand zuallererst die Frage, welche Entwicklungsstrategien und Maßnahmen heute notwendig sind, um allen jungen Menschen gute und reelle Chancen auf ein gelingendes Aufwachsen und damit auf gesellschaftliche Teilhabe zu erschließen. Um diese Leitfrage sachgerecht beantworten zu können, wurden die Analysen des Berichts zunächst sehr breit angelegt. In ersten Schritten wurde danach gefragt, welche Veränderungen und Herausforderungen der demografische Wandel denn im Blick auf die volkswirtschaftlichen, aber auch die sozialpolitischen Rahmenbedingungen des Landes mit sich bringen wird. Diese Herangehensweise an das Thema folgte der schlichten Logik, dass gute Zukunftschancen der nachwachsenden Generation letztlich nur dann gewährleistet sein werden, wenn es auch zukünftig einen belastbaren und funktionstüchtigen wirtschaftlichen Sektor gibt. Und zudem eine Basisstruktur leistungsfähiger sozialer Sicherungssysteme, die allen Gesellschaftsmitgliedern Existenz und Perspektiven auf Teilhabe sichert.

Im Herbst 2015 hat das KVJS-Landesjugendamt eine erste Fortschreibung seines Demografieberichts vorgelegt. Sie greift den im Dezember 2010 veröffentlichten Bericht auf und stellt alle darin bearbeiteten Themenfelder unter die zentrale Leitfragestellung „Was ist seither passiert?“. Auf den Prüfstand kamen damit alle im seinerzeitigen Bericht herausgearbeiteten Befunde und Folgerungen

- zu den erwarteten Entwicklungen im Altersaufbau der baden-württembergischen Bevölkerung,
- zu den gesellschaftlich, volkswirtschaftlich und sozialpolitisch erwarteten Auswirkungen des demografischen

Wandels und deren Konsequenzen für eine zukunftsfähige Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe,

- zu konkreten Folgen und Folgerungen für eine sach- und bedarfsgerechte, insbesondere auch demografieorientierte Weiterentwicklung ihrer verschiedenen Handlungs- und Praxisfelder,
- zur Bedeutung und zu Konsequenzen des demografischen Wandels für zentrale Querschnittsthemen der Kinder- und Jugendhilfe wie die Ausgestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, das Generationenverhältnis und Genderaspekte und schließlich
- zu Aspekten des zukünftigen Personalbedarfs der Kinder- und Jugendhilfe unter quantitativen wie qualitativen Gesichtspunkten.

Der vorliegende Beitrag fasst einige zentrale Erkenntnisse dieser Fortschreibung zusammen, beschränkt sich dabei allerdings auf ausgewählte Aspekte der eben skizzierten thematischen Facetten. Akzentuiert werden hier die volkswirtschaftlichen und die sozialpolitischen Überlegungen zu den Herausforderungen des demografischen Wandels für eine verantwortliche Politik, die Zukunft im Interesse reeller Teilhabechancen für alle jungen Menschen, damit zugleich aber auch die Zukunftsfähigkeit des gesellschaftlichen Ganzen offensiv gestalten will.

Die enge Fokussierung dieses Beitrags auf diese Aspekte könnte nun in den Verdacht geraten, dass damit Kindheit und Jugend, und so auch das Interesse an der Förderung und Unterstützung der nachwachsenden Generation, auf deren funktionalen Nutzen im Sinne einer ökonomischen Verwertbarkeit reduziert würden. Dazu sei angemerkt, dass die Berichterstattung zur Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel des KVJS-Landesjugendamtes mit ihren breit angelegten thematischen Zugängen¹ unter dem programmatischen Leitgedanken steht, dem Recht aller jungen Menschen auf die Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit – gerade angesichts der absehbaren Umbrüche im demografischen Wandel – uneingeschränkt und zukunftssicher Geltung zu verschaffen. Gleichwohl erschließen aber erst die Weiterungen

der Analysen auf gesellschaftliche Teilbereiche wie Volkswirtschaft und Sozialpolitik die Einsichten in die enormen Herausforderungen, vor denen Baden-Württemberg in den kommenden Jahren und Jahrzehnten tatsächlich stehen wird. Aus eben diesen Gesamtzusammenhängen lassen sich zusätzliche und schwerwiegende Sachargumente für die Investitionen in die nachwachsende Generation ableiten, konkret für eine konsequente Gewährleistung guter Rahmenbedingungen für gelingendes Aufwachsen, für eine umfassende Bildung und für gute Teilhabechancen aller jungen Menschen. Somit geht es bei diesen thematischen Weiterungen keineswegs darum, den originären Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe zu unterlaufen und Kindheit und Jugend auf eine Vorstufe späterer ökonomischer Wertschöpfung zu reduzieren. Ziel ist es vielmehr, in einer offensiven strategischen Ausrichtung komplementäre Argumentationsstränge zu erschließen, die sich als anschlussfähig an bedeutsame Logiken des (kommunal-)politischen Denkens und Entscheidens erweisen und die gerade deshalb hilfreich sein können, die Belange der nachwachsenden Generation mit Nachdruck auf einer breit angelegten argumentativen Basis zu vertreten. Im Zentrum dieses Beitrags steht somit vor allem auch die Zielsetzung einer verbesserten Politikfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe im Sinne einer Anschlussfähigkeit an oftmals vorherrschende Diskurse.

Die langfristig erwarteten Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung Baden-Württembergs und deren Bedeutung aus dem Blickwinkel der Kinder- und Jugendhilfe

Um die Bedeutung und die Auswirkungen des demografischen Wandels für junge Menschen und Familien und damit für die Kinder- und Jugendhilfe angemessen zu

.....

Nach den Ergebnissen der im Dezember 2015 veröffentlichten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes wird damit gerechnet, dass die Bevölkerung des Bundeslandes Baden-Württemberg in der Langfristspektive bis zum Jahr 2060 gar nicht mehr rückläufig sein wird.

¹ Der umfassende Gesamtbericht und eine dazu verfasste Kurzbroschüre mit einer Zusammenfassung aller wesentlichen Ergebnisse kann in Druckfassung kostenlos über Diane.Geiger@kvjs.de bestellt werden. Beide Publikationen stehen unter folgender Adresse auch als Download zur Verfügung: <http://www.kvjs.de/jugend/jugendhilfeplanung/demografischer-wandel.html>. Im vorliegenden Beitrag wird auf jegliche Quellenangaben verzichtet und insoweit auf diese Publikationen verwiesen.

erfassen, reicht es nicht aus, nur die erwarteten Veränderungen in der Altersgruppe der unter 21-Jährigen zu betrachten. Die tatsächlichen Dimensionen und Handlungserfordernisse erschließen sich erst dann, wenn man die Wechselwirkungen von Verschiebungen im gesamten Altersaufbau der Gesellschaft in eine Gesamtschau bringt

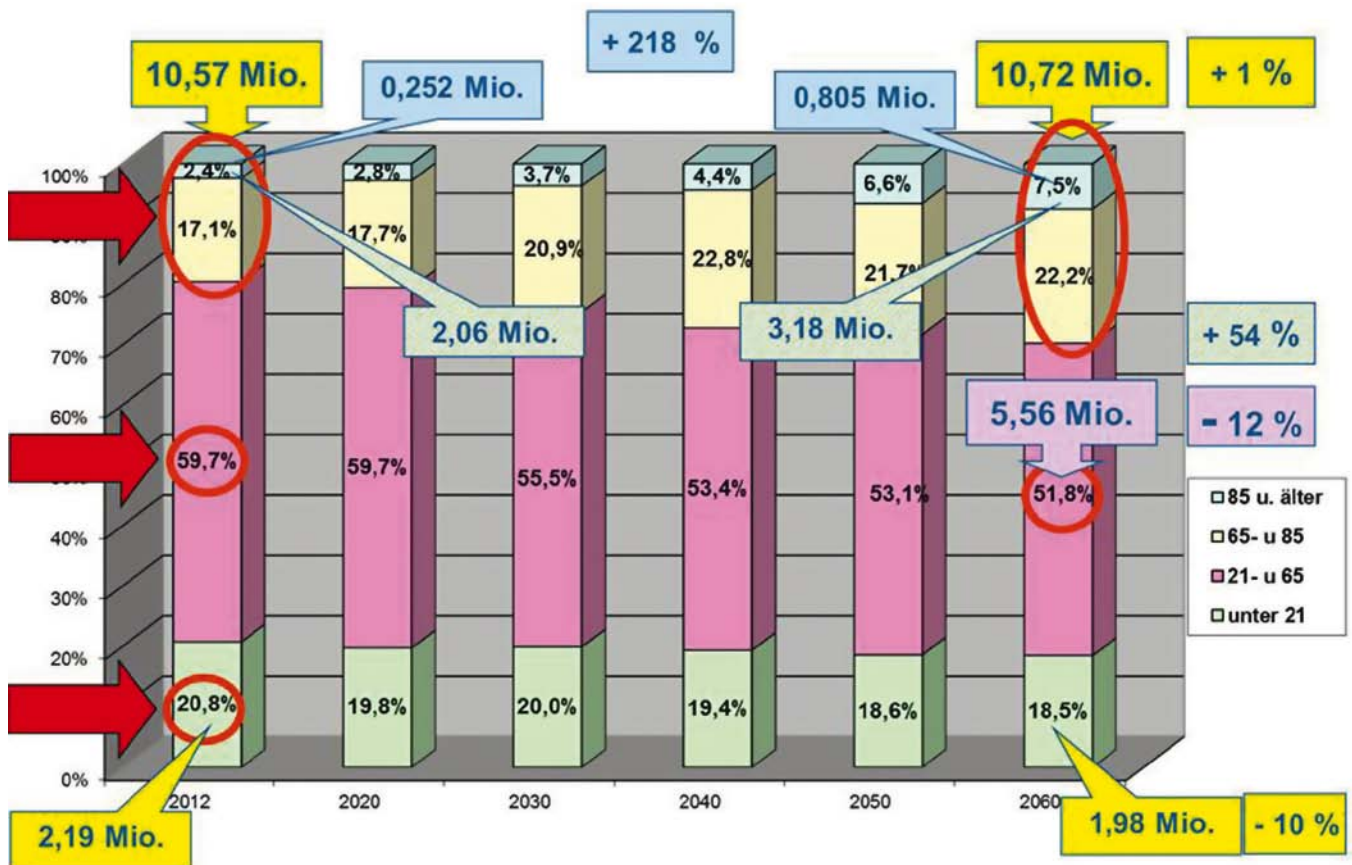
Kinder und Jugendliche als ein zunehmend „knappes Gut“ in einer alternden Gesellschaft

Nach den Ergebnissen der jüngsten, im Dezember 2015 veröffentlichten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes² wird damit gerechnet, dass die Bevölkerung des Bundeslandes Baden-Württemberg in der Langfristperspektive bis zum Jahr 2060 gar nicht mehr rückläufig

sein, sondern von 10,57 Millionen Einwohnern³ im Jahr 2012 auf 10,72 Millionen leicht zunehmen wird. Somit wird sich die Gesamteinwohnerzahl aus heutiger Sicht gut konstant halten, sodass auf den ersten Blick entspannte Gelassenheit Raum greifen könnte.

Die zentralen Herausforderungen im demografischen Wandel resultieren jedoch daraus – und diesbezüglich bestätigt nun auch die jüngste Bevölkerungsvorausrechnung alle früheren Erwartungen –, dass es erhebliche Verschiebungen in den Anteilen geben wird, die die verschiedenen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung haben werden. Das folgende Schaubild zeigt die aus heutiger Sicht bis zum Jahr 2060 erwarteten Veränderungen in den prozentualen Anteilen ausgewählter Altersgruppen an der Bevölkerung in Baden-Württemberg.

Anteile ausgewählter Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs in Prozent



2 Da diese Vorausschätzung noch aktueller ist als jene, die der Fortschreibung des Demografieberichts vom Herbst 2015 zugrunde gelegt werden konnte, wird hier diese aktuellste Datenbasis berücksichtigt. Es handelt sich um die Ergebnisse der Hauptvariante (Annahme weiterhin relativ starker Zuwanderung) der Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg vom Dezember 2015.
 3 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich die Ausführungen in gleicher Weise auf Frauen und Männer.

Die Balken des Diagramms stehen für die Gesamtbevölkerung in den jeweils genannten Jahren und weisen die Prozentanteile aus, die die rechts beschriebenen Altersgruppen voraussichtlich an der Gesamtbevölkerung haben werden. Am Beispiel der Altersgruppe der 0- bis unter 21-Jährigen beschrieben, wird sich deren Anteil an der Gesamtbevölkerung von 20,8 Prozent im Jahr 2012 im Ergebnis einer kontinuierlichen Rückgangsläufigkeit auf nur noch 18,5 Prozent im Jahr 2060 verringern. Im Verhältnis von 2,19 Millionen jungen Menschen im Jahr 2012 zu 1,98 Millionen im Jahr 2060 entspricht dies einem Verlust um gut 200.000 bzw. 10 Prozent.

Die deutlich erkennbaren Verschiebungen im Anteil der Altersklassen werfen eine Vielzahl von Problemstellungen auf, die auch die Perspektiven von Kindern und Familien in einer alternden Gesellschaft in vielerlei Hinsicht betreffen. Im Blick auf die Entwicklungsdynamik bei den unter 21-Jährigen laufen die Umbrüche im demografischen Wandel zum einen darauf hinaus, dass junge Menschen immer mehr zu einem „knappen Gut“ für die Gesellschaft und ihre Gemeinwesen werden. Die stärksten Verluste im Anteil an der Gesamtbevölkerung erfolgen dabei bereits im Zeitraum von 2012 bis 2020 und damit im derzeit laufenden Jahrzehnt. Zugleich geraten Kinder, Jugendliche und Familien damit aber auch immer stärker in die Rolle einer Minderheit, deren Interessen und Bedürfnisse in mancherlei Hinsicht nicht deckungsgleich mit denen der anderen Alters- und Bevölkerungsgruppen sind. In der Darstellungsweise des Schaubildes entsteht in gewisser Weise auch ein visueller Eindruck von dem stetig steigenden Druck, dem die nachwachsende Generation im Laufe der Jahrzehnte unter dem „Gewicht“ der Interessen und Bedürfnisse der anderen Altersgruppen ausgesetzt sein wird.

Vor dem Hintergrund dieser in ihrer Grundtendenz unumkehrbaren Umbrüche im Altersaufbau der Gesellschaft werden Kinder und Familien mehr denn je auf die Unterstützung und Förderung durch eine breite bürgerschaftliche und (kommunal-)politische Lobby angewiesen sein. Es gilt, ihre Belange und das Recht aller Kinder auf gute Entwicklungschancen im Aushandeln mit den berechtigten Interessen der anderen Alters- und Bevölkerungsgruppen mit Nachdruck zu vertreten. Den Leistungen für Familien und Kinder muss dabei ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, weil sie als rückläufige Bevölkerungsgruppe quantitativ an Bedeutung und damit an Einfluss verlieren, gleichzeitig aber in ihrer Funktion für die Zukunftssicherung

der Gemeinwesen und der Gesellschaft eine bislang in diesem Maße noch nie da gewesene Bedeutung erlangen.

Eine solche Stärkung der Belange von Familien und Kindern dient dabei zuallererst – gleichwohl aber keineswegs nur – der Unterstützung und Förderung der jungen Menschen. Sie ist zugleich auch unabweisbare Konsequenz angesichts absehbarer volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Herausforderungen im demografischen Wandel.

Herausforderungen aus dem Blickwinkel volkswirtschaftlicher Entwicklungserfordernisse

Die volkswirtschaftlichen Problemstellungen im demografischen Wandel erwachsen daraus, dass der Anteil des in gewisser Weise besonders „produktiven“ Bevölkerungssgments der 21- bis unter 65-Jährigen im Zuge des demografischen Wandels kontinuierlich und gravierend rückläufig sein wird. Es ist die Altersgruppe, die in dieser Lebensphase überwiegend berufstätig ist, darüber auch Steuern und Sozialabgaben zahlt und damit das gesellschaftliche Ganze zu einem bedeutsamen Anteil überhaupt „am Laufen“ hält. Der Anteil dieser Altersgruppe wird sich im Jahr 2060 voraussichtlich nur noch auf gut die Hälfte (51,7 Prozent) der Gesamtbevölkerung belaufen.

In absoluten Zahlen ist mit einem Verlust von 750.000 Einwohnern aus der Ausgangsgröße von 6,31 Millionen Einwohnern im Jahr 2012 zu rechnen. Damit wird die bereits heute zum Teil konkret greifbare Verknappung von Arbeitskräften weiter und spürbar zunehmen. Auch unter dem Mitbedenken weiterer Produktivitätszuwächse dürfte dies zu einer Gefährdung für die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Volkswirtschaft und infolgedessen auch anderer gesellschaftlicher Teilsysteme werden.

Eine Gesellschaft, die weiß, dass diese Entwicklungen unausweichlich auf sie zukommen, wird intensiv darüber nachdenken, an welchen Punkten sie ansetzen kann, um diese strukturelle Herausforderung zu bewältigen. Ein Beispiel dafür sind die bereits getroffenen arbeitsmarkt- und

.....
Die stärksten Verluste im Anteil an der Gesamtbevölkerung erfolgen bis 2020. Kinder, Jugendliche und Familien geraten damit immer stärker in die Rolle einer Minderheit, deren Interessen und Bedürfnisse nicht deckungsgleich mit denen der anderen Alters- und Bevölkerungsgruppen sind.

sozialpolitischen Entscheidungen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Sicher ist auch, dass die Frage der Zuwanderung von Menschen nach Baden-Württemberg eine noch größere Bedeutung erlangen wird. Baden-Württemberg ist seit Langem Einwanderungsland und muss

es perspektivisch sicherlich in noch stärkerem Maße werden. Daneben gibt es aber auch weitere wirkungsvolle Ansatzpunkte, die ganz konkret die Aufgabenfelder der Kinder- und Jugendhilfe betreffen.

Um dieser Betrachtungsweise zu folgen, muss man sich zunächst vergegenwärtigen, dass bislang ein durchaus erheblicher Teil der

Menschen in der Altersgruppe der 21- bis unter 65-Jährigen aus verschiedenen Gründen gar nicht berufstätig ist. Die Erwerbstätigenquote liegt in Baden-Württemberg derzeit etwa bei 76 Prozent. Nun wird es aus vielerlei Gründen nie so sein, und es wäre auch nicht erstrebenswert, dass sich die Erwerbstätigenquote auf 100 Prozent beläuft. Gleichwohl muss sich eine Gesellschaft, die die demografischen Herausforderungen und deren volkswirtschaftliche Problemstellungen erkannt hat, aber die Frage stellen: Was sind das eigentlich für 24 Prozent in dieser Altersgruppe, die bislang nicht in diese ökonomischen Prozesse eingebunden sind? Und gibt es dort möglicherweise zumindest anteilige Potenziale, die zukünftig stärker mit einbezogen werden können? Folgt man diesen Fragerichtungen, dann wird eine zentrale strategische Ausrichtung vernünftigerweise darin bestehen, vor allem den Einbezug solcher Bevölkerungsgruppen zu verbessern, denen bislang durch strukturelle Hürden der Zugang zur Erwerbstätigkeit erschwert wird.

Diese Ausgangslage betrifft zum einen Eltern, die wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht in gewünschtem Maße berufstätig sein können. Und sie betrifft gleichermaßen junge

Menschen, denen bislang eine unzureichende Teilhabe an Bildungsprozessen den Übergang ins und die Teilhabe am Berufsleben erschwert. Aus dem Blickwinkel der Aufgaben in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe ergeben sich daraus zwei ganz zentrale Handlungserfordernisse, und zwar im Hier und Heute. Zum einen kommt es jetzt, mehr denn je und dringend, darauf an, die soziale Infrastruktur für Familien und Kinder im Lande so weiterzuentwickeln und weiter auszubauen, dass es Vätern und Müttern wesentlich besser als bisher möglich wird, die Anforderungen und die Verantwortung von Elternschaft und Erziehung mit denen der Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Das erfordert eine bedarfsgerechtere Ausgestaltung der Angebote der Kindertagesbetreuung – und zwar unter quantitativen wie unter qualitativen Aspekten. Zum anderen muss die Förderung und Gestaltung von und die kooperative Mitwirkung an umfassenden Bildungsprozessen für alle jungen Menschen in allen Arbeits- und Kooperationsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe stärker noch als bisher akzentuiert werden. Hier ist zu betonen, dass Bildung entschieden mehr ist als das, was in der Schule vermittelt wird. Der überwiegende Teil der Bildungsprozesse junger Menschen vollzieht sich nicht in, sondern außerhalb der Schule. Und dabei haben gerade die Aufgabenfelder der Kinder- und Jugendhilfe als Lebens- und Lernorte und im Sinne von Entfaltungs- und Freiräumen für junge Menschen ganz eigenständige Bildungsfunktionen, die so von keinen anderen gesellschaftlichen Teilbereichen ersetzt werden könnten.

Angesichts der Herausforderungen im demografischen Wandel müssen dabei mehr als bisher gerade jene junge Menschen Unterstützung erfahren, die in sozial benachteiligten Lebensverhältnissen aufwachsen. In diesem Zusammenhang gehört die nüchterne Feststellung, dass es kaum ein anderes Land in Europa gibt, das es sich bisher in dem Maße leistet wie Deutschland, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen an ihre soziale Herkunft zu koppeln. Und innerhalb der Bundesrepublik gehört Baden-Württemberg zu den Bundesländern, in denen sich dies besonders deutlich zeigt. Diese Erkenntnis ist alles andere als neu, und der Sachverhalt war immer schon in hohem Maße ungerecht gegenüber den Kindern, die in benachteiligten Lebensverhältnissen aufwachsen. Diese Versäumnisse münden zum Teil in das Hinnehmen generationenübergreifender Tradierung sozialer Randständigkeit. Gleiches gilt für viele junge Menschen mit einem Migrationshintergrund. Im demografischen Wandel kann

In der Altersgruppe der 21- bis unter 65-Jährigen liegt die Erwerbstätigenquote in Baden-Württemberg derzeit bei etwa 76 Prozent.

Der Autor

Dr. Ulrich Bürger

Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg in Stuttgart; Dezernat Jugend – Landesjugendamt, Jugendhilfeplanung und -berichterstattung.

Kontakt: ulrich.buerger@kvjs.de

sich die Gesellschaft solche Ausgrenzungen nun allerdings nicht mehr leisten. Deshalb gilt es jetzt, umfassender als bisher in die Bildung der nachwachsenden Generation zu investieren und dabei gezielt auch in die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe. Nur so kann es gelingen, das Potenzial gut gebildeter, motivierter und mit realen Chancen auf soziale und berufliche Teilhabe ausgestatteter junger Menschen zu erhöhen.

Herausforderungen aus dem Blickwinkel sozialpolitischer Entwicklungserfordernisse

Aus dem Blickwinkel der sozialpolitischen Entwicklungen im demografischen Wandel wird es sich als sehr folgenreich erweisen, dass zeitgleich mit dem kontinuierlichen Rückgang des Anteils der 21- bis unter 65-Jährigen um 750.000 die Altersgruppe der über 65-Jährigen um rund 1.000.000 bzw. über 50 Prozent zulegen wird. Besonders starke Zuwächse wird dabei die Bevölkerungsgruppe der über 85-Jährigen verzeichnen. Ihre Zahl wird sich bis zum Jahr 2060 voraussichtlich mehr als verdreifachen. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, daran zu erinnern, dass man, wenn man von den 85-Jährigen des Jahres 2060 spricht, vom Geburtenjahrgang 1975 redet. Diese Menschen sind zum jetzigen Zeitpunkt gut 40 Jahre alt. Somit hat auch das Beschreiben der Alterspopulation der über 85-Jährigen im Jahr 2060 wenig mit Spekulation zu tun.⁴ Die Beschäftigung mit den langfristigen Folgen des demografischen Wandels hat somit – das wird an diesem Beispiel sehr deutlich – eine wesentlich solidere auf Fakten gestützte Basis, als dies oftmals vermutet wird.

Die beschriebenen Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft werden unausweichlich zu Verteilungskonflikten zwischen den beiden genannten Altersgruppen führen, wie sie dem Grunde nach schon heute vielschichtig zu beobachten sind. Deren politische Bearbeitung läuft angesichts der objektiven Problemstellungen im demografischen Wandel Gefahr, in den kommenden Jahrzehnten vermehrt zulasten der jungen Menschen und ihrer Familien zu gehen. Hier ist nämlich zu bedenken, dass sowohl die mittlere als auch die ältere Generation erhebliche Wählerpotenziale stellen, während das quantitative Gewicht der jungen Generation zunehmend schwindet.

Darüber hinaus ist – inzwischen auch im politischen Raum unbestritten – davon auszugehen, dass zeitgleich mit der quantitativen Zunahme der über 65-Jährigen das Phänomen der Altersarmut innerhalb der Gesellschaft, und auch in Baden-Württemberg, erkennbar zunehmen wird. Zwar liegen die Ursachen dieser Entwicklung, anders als oftmals behauptet, überhaupt nicht im demografischen Wandel. Gleichwohl werden die Folgen dieser Entwicklung für die Gesellschaft, und zu Ende gedacht auch für die Kinder- und Jugendhilfe, durchaus spürbar sein. Die Zunahme der von Altersarmut betroffenen Menschen wird nämlich vermehrt Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII erforderlich machen, sodass es im Ergebnis letztlich auch eine verstärkte Konkurrenz um die Ressourcen der sozialen Sicherungssysteme geben wird. Zudem wird der Umstand, dass die Zahl der Hochbetagten besonders stark zunehmen wird, diese Problemstellung weiter verschärfen. Zur Finanzierung von Pflegeleistungen wird eine stetig steigende Zahl alter Menschen auf ergänzende Unterstützung nach dem SGB XII angewiesen sein. Und dies wird die Kinder- und Jugendhilfe noch unmittelbarer betreffen, weil die Kostenzuständigkeit für die Grundsicherung zur Pflege, ebenso wie die für die Kinder- und Jugendhilfe, auf der kommunalen Ebene angesiedelt ist.

.....

Besonders starke Zuwächse wird die Bevölkerungsgruppe der über 85-Jährigen verzeichnen. Ihre Zahl wird sich bis zum Jahr 2060 voraussichtlich mehr als verdreifachen. Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft werden unausweichlich zu Verteilungskonflikten zwischen den Altersgruppen führen.

Solche Mehrbelastungen der Sozial- und der kommunalen Haushalte drohen die Handlungs- und Finanzierungsspielräume für die unverzichtbaren Investitionen in die nachwachsende Generation strukturell zu gefährden. Angesichts dieser absehbaren Problemstellungen wird es weiterer grundlegender Debatten darüber bedürfen, wie es gelingen kann, die finanziellen Belastungen der kommunalen Ebene durch Umschichtungen in den Finanzbeziehungen zu Bund und Land strukturell zu entlasten.

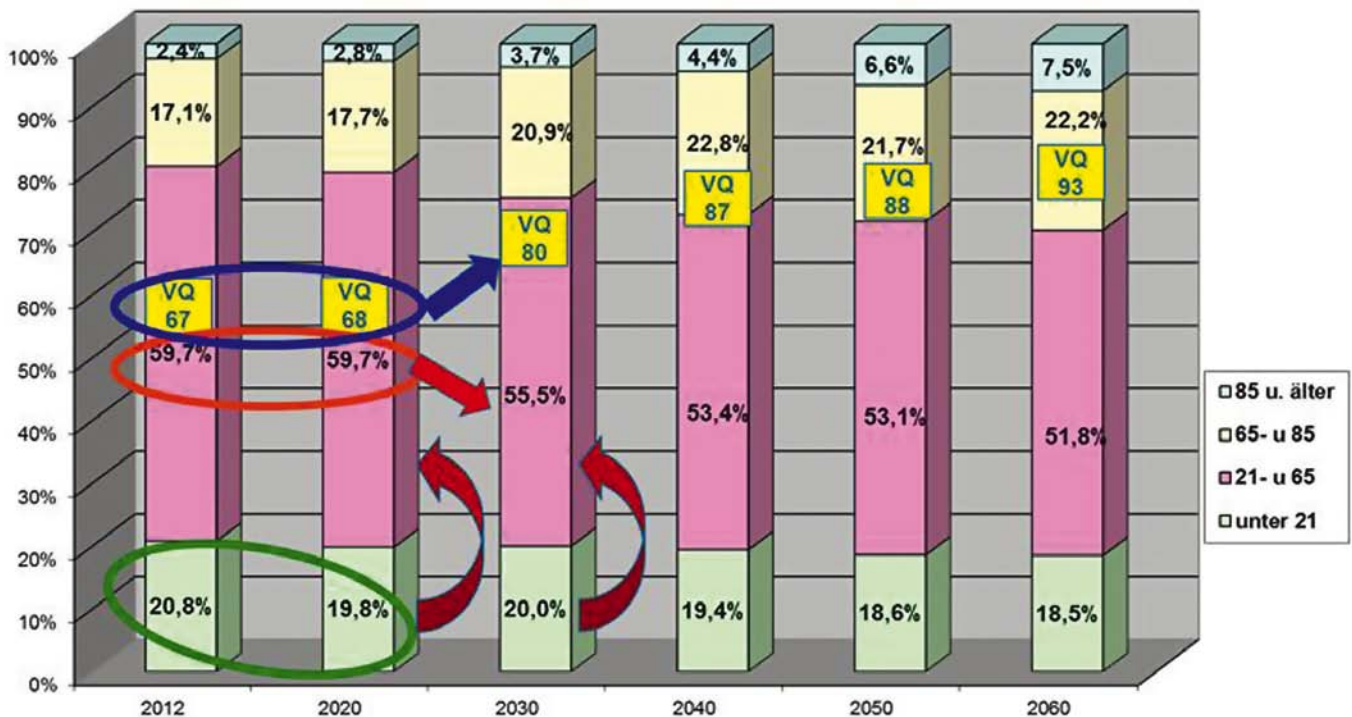
⁴ Natürlich wissen wir – pointiert angemerkt – nicht, ob sich irgendwann etwa ein Virus einschleicht, der sich insbesondere für über 70-Jährige als letal erweist. Aber wer wollte ernsthaft Zukunftsgestaltung unter der Priorisierung derartiger Annahmen betreiben?

Allerdings muss auch gesehen werden, dass wie auch immer gestaltete Verlagerungen zwischen unterschiedlichen öffentlichen Haushalten letztlich keine wunderbare Formel zur Vermehrung der verfügbaren Mittel in sich tragen. Vor diesem Hintergrund werden auch Debatten um Prioritätensetzungen in der Ausgabenpolitik von Kommunen, Land und Bund erforderlich sein. Sie müssen dem unumstößlichen Sachverhalt Rechnung tragen, dass sich der demografische Wandel – anders als viele investive Vorhaben – nicht verschieben lässt. Und schließlich werden auch Fragen zum Spannungsverhältnis zwischen dem erheblichen und stetig steigenden privaten Reichtum von Teilen der Bevölkerung einerseits und der Armut in Teilen von öffentlichen Haushalten andererseits an Bedeutung gewinnen müssen, wenn die gesellschaftliche Zukunft und Zukunftssicherung im demografischen Wandel konstruktiv gestaltet werden soll. Ohne gesellschaftspolitische Debatten und Entscheidungen zu einer adäquaten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums wird der demografische Wandel kaum gelingend zu bewältigen sein.

Das laufende Jahrzehnt bis 2020 als das „Kritische Jahrzehnt“ der Kinder- und Jugendhilfe

Die Einsicht in die Dringlichkeit der Handlungserfordernisse zur Intensivierung der Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und ihren Familien im demografischen Wandel erschließt sich in voller Schärfe erst dann, wenn man die Dynamik der eben beschriebenen Entwicklungen in eine Gesamtschau stellt. Das folgende Schaubild bildet die insoweit bedeutsamen Veränderungen ab. Als zusätzliche Information ist dort in den gelb unterlegten Quadraten unter dem Kürzel „VQ“ der sogenannte Versorgungsquotient als eine wichtige Kennzahl zur Einschätzung sozialpolitischer Veränderungen eingearbeitet. Er bringt zum Ausdruck, wie viele unter 21-Jährige plus über 65-Jährige auf jeweils 100 Einwohner im Alter von 21 bis unter 65 Jahren kommen. Er vermittelt so gewissermaßen einen Eindruck davon, wie viele Jüngere und Ältere von jeweils 100 Menschen in der ökonomisch besonders „produktiven“ Lebensphase letztlich mit versorgt werden müssen.

Das „kritische Jahrzehnt“ der Kinder- und Jugendhilfe



Das Schaubild zeigt, dass sich der Anteil des volkswirtschaftlich besonders produktiven Segments der 21- bis unter 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum von 2012 bis 2020 noch gut konstant hält, danach in den Folgejahrzehnten aber spürbar zurückgehen wird. Für das laufende Jahrzehnt gilt das Gleiche auch für den Versorgungsquotienten. Auch er wird sich bis zum Jahr 2020 gut konstant halten. Nach 2020 wird er dann aber geradezu sprunghaft nach oben schnellen. Die Altersgruppe der 0- bis unter 21-Jährigen nimmt in ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung dagegen bereits im laufenden Jahrzehnt ab, und zwar so stark wie in keinem der späteren Jahrzehnte. Das bedeutet zugleich, dass die vielschichtigen Folgen der demografischen Veränderungen, wie sie oben skizziert wurden, erst ab dem Jahr 2020 richtig greifen werden. Viele Auswirkungen, die wir schon heute ganz konkret spüren, sind letztlich eher ein laues Lüftchen, gemessen an den stürmischen Veränderungen, auf die sich das Land ab dem Jahr 2020 einstellen muss. Erst ab dann geht die demografische Schere in voller Dynamik auseinander.

Angesichts dieser unumkehrbaren Entwicklungen müssen die bis zum Jahr 2020 insoweit noch sehr stabilen demografischen Verhältnisse dringend genutzt werden, um die in diesem Zeitraum bereits stark rückläufige Altersgruppe der unter 21-Jährigen zielgerichtet und umfassend zu fördern. Ziel muss es sein, dass sie möglichst ohne Verluste und mit realen Teilhabechancen auch als Zukunftsträger in das mittlere Alterssegment der Gesellschaft hineinwachsen können. Weichenstellungen, die in diesem Zeitfenster vorgenommenen oder aber eben unterlassenen werden, werden sich als sehr folgenreich auf die gesellschaftliche Zukunftssicherung auswirken. Das „kritische Jahrzehnt“ bietet noch einmalige Rahmenbedingungen und damit Chancen für nachhaltige Zukunftsgestaltung, wie es sie so in den Folgejahrzehnten in diesem Maße nicht mehr geben wird. Ein Verzicht auf Prioritätensetzungen zugunsten der jungen Menschen und ihrer Familien werden sich dann als ein Fehler erweisen, der rückwirkend nicht mehr bereinigt werden kann.

Das Paradox der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel

In einer Gesamtschau der dargestellten Befunde steht somit ein klares Plädoyer für eine Intensivierung der Anstrengungen in der Förderung, Bildung und Erziehung der jungen Menschen im demografischen Wandel. Es bezieht seine Begründung aus einem argumentativen Dreiklang. Neben die zentrale Prämisse des Rechts der jungen Menschen auf die Förderung ihrer Entwicklung und gerechte Chancen auf soziale Teilhabe treten schwerwiegende und unabweisbare Argumente sowohl aus einer volkswirtschaftlichen als auch aus einer sozialpolitischen Perspektive.

Letztlich liegt die Quintessenz der Analysen damit in einem Paradox: Entgegen einer auf den ersten Blick plausiblen Annahme erfordert der demografische Wandel und der damit verbundene Rückgang in der Zahl der jungen Menschen gerade jetzt nicht weniger, sondern mehr Engagement und mehr Investitionen in Kinder und Familien. Die Geschwindigkeit und die Ernsthaftigkeit, mit der dieser Sachverhalt zur Kenntnis genommen und in konkretes Handeln umgesetzt wird, wird wesentlich über die Zukunftschancen der Städte und Gemeinden, damit aber auch die des jeweiligen Kreises und die des Landes entscheiden. Alle weiteren Überlegungen zu den Handlungserfordernissen der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel sind vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Erkenntnisse einzuordnen.

Wenn nicht jetzt – wann dann?

.....

Das „kritische Jahrzehnt“ bietet noch Chancen für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung, wie es sie so in den Folgejahrzehnten in diesem Maße nicht mehr geben wird. Ein Verzicht auf Prioritätensetzungen zugunsten der jungen Menschen und ihrer Familien werden sich dann als ein Fehler erweisen, der rückwirkend nicht mehr bereinigt werden kann.

Landesnetzwerk „inklusive politische Bildung“

Inklusion kann in einem weiten Sinn als gesellschaftspolitische Aufgabe definiert werden, die gesellschaftliche Spaltungen und sich daraus ergebende Ausgrenzungen erkennen, verstehen und überwinden will. Ausgangspunkt sind hier die Lebenslagen, von denen Menschen betroffen sind, die zu stigmatisierenden Attributen, Abwertungen oder Ausgrenzungen führen.

Sie kann aber auch in einem engeren Sinn als sonderpädagogische Aufgabe begriffen werden, die Menschen mit Behinderung unterstützen will. Sie sollen in ihren Menschenrechten (UN-Konvention) anerkannt und ihnen soll die politische Teilhabe ermöglicht werden. Hier geht es um alle Möglichkeiten von Störungen und Behinderungen, die mit Benachteiligung verbunden sein können. Das betrifft demnach

Inklusion in der politischen Bildung soll Zugang, Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen ermöglichen.

mindestens Menschen mit geistigen und körperlichen Einschränkungen und Menschen, die von einer Lernbehinderung betroffen sind, sprachliche Defizite aufweisen oder in ihrem sozialen Verhalten als auffällig erscheinen.

Inklusion in der politischen Bildung soll Zugang, Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen ermöglichen. Damit ist Inklusion nicht ein Zustand oder ein Ziel, das erreicht werden kann, sondern ein Prozess. Das Ziel politischer Bildung war es nach 1945, allen Bürgerinnen und Bürgern Urteils- und Handlungskompetenzen zu vermitteln, damit sie ihre Bürgerrolle in einer Demokratie verantwortungs- und selbstbewusst ausfüllen können. Aber die politische Bildung tut sich schwer mit inklusiver Bildung. In der Praxis schafft sie es oft nicht, die Aufgabe „Politische Bildung ist für alle da!“ zu erfüllen. Trotz aller Anstrengungen ist die Zahl derjenigen, die von und mit politischer Bildung erreicht werden, deprimierend niedrig. Damit unterscheidet sich dieses Angebot nicht von anderen der Erwachsenen- und Jugendbildung. Wir entwickeln vor allem Angebote für politik- und bildungsnahe Zielgruppen, die über einen ähnlichen sozialen Hintergrund und Bildungsbiografien wie wir selbst verfügen. Schwierige Zielgruppen, Menschen mit Behinderungen, Personen einfacherer Herkunft oder

in prekären Lebenssituationen garantieren keine „glänzenden“ Veranstaltungen. Wir entwickeln oft Angebote, die sprachliche Hürden aufweisen und damit keine leichten Einstiegsmöglichkeiten für nicht akademische, nicht gymnasial sozialisierte oder nicht herkunftsdeutsche Zielgruppen eröffnen.



Die politische Bildung, wie die allgemeine Erwachsenen- und Jugendbildung, muss die aktuelle Diskussion um Inklusion, die auch durch die UN-Behindertenrechtskonvention angestoßen wurde, aufgreifen und auf ihre eigenen Angebote und Strukturen beziehen.

Wenn wir ernsthaft an eine inklusive politische Bildung herangehen wollen, müssen wir uns selbst eine Reihe von Fragen stellen:

- Berücksichtigen wir die lebensweltliche Relevanz bei unseren Adressaten und Adressatinnen?
- Welche Vorstellungen von Politik legen wir unserer Arbeit zugrunde?
- Kennen wir die Politik- und Gesellschaftsbilder der nicht erreichten Zielgruppen?
- Können wir resignierte oder verbitterte Milieus durch politische Bildung erreichen?
- Verfügen wir über aufsuchende und sozialraumorientierte Strategien?
- Setzen wir uns mit Anschluss- bzw. Ausschlussmechanismen auseinander?
- Haben wir selbst eine soziale und kulturelle Distanz zu bestimmten sozialen Gruppen?

- Spielen Gründe einer Nichtteilnahme oder eines Nichtinteresses (individuelle und strukturelle Hürden und Hindernisse) bei unseren Planungen für Veranstaltungen oder Publikationen eine Rolle?

Dabei steht die politische Bildung natürlich nicht am Anfang. Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe guter Angebote:

- elementarisierte Angebote und Formate
- Angebote für Bildungsbenachteiligte
- Angebote für behinderte Menschen
- Angebote in leichter und einfacher Sprache
- Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund

Wir dürfen die Debatte um eine inklusive politische Bildung nicht auf spezielle Zielgruppen beschränken, sondern müssen auch die Mechanismen in den Mittelpunkt nehmen, die zum Ausschluss bestimmter Gruppen führen. Wichtig wird sein, dass unsere Angebote nicht mit einer defizit-orientierten Zielgruppenbeschreibung einhergehen. Es gilt, Angebote quer zu allen bisherigen Zielgruppenkonzepten zu entwickeln, d. h.:

- barrierefreie Angebote für alle
- Angebote für spezifische Zielgruppen
- individuell passende Angebote

Im Herbst 2015 wurde auf Initiative von Hospitalhof Stuttgart, Landesjugendring Baden-Württemberg, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, den Evangelischen Akademien Bad Boll und Bad Herrenalb, Lebenshilfe Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ein erster Workshop zum Thema „inklusive politische Bildung“ durchgeführt, der auf eine gute Resonanz und große Zustimmung stieß. Impulse für die eigene inklusive Praxis und der Erfahrungsaustausch mit anderen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Schon



damals wurde deutlich, dass eine stärkere Vernetzung der unterschiedlichen Initiativen und Institutionen notwendig und sinnvoll sein würde. Ein zweiter Workshop im Dezember 2016 bestätigte dies und wurde so zum Auftakt für die Bildung eines Landesnetzwerkes „inklusive politische Bildung“. Inzwischen haben

sich eine Reihe von Einrichtungen zur ersten Sitzung des Landesnetzwerkes getroffen und nach intensiver Diskussion zum Inklusionsbegriff für das weitere Vorgehen festgelegt, dass zunächst einmal in der Arbeit des Netzwerkes eine Fokussierung auf Menschen mit körperlicher und kognitiver Beeinträchtigung erfolgen soll. Als Ziele für die weitere Arbeit wurden festgelegt:

- Entwicklung von Standards für Bildungseinrichtungen und Angebote
- Modellprojekte
- Qualifizierung von Fachkräften
- Publikationen
- Broschüren in leichter und einfacher Sprache, z. B. zu Wahlen
- didaktische Handreichungen
- Anstöße und Vernetzung
- Austausch mit anderen Netzwerken
- Öffentlichkeitsarbeit, Newsletter
- Aktivitäten auf kommunaler Ebene sollen zusammengeführt werden, Impulswirkung statt Vollständigkeit wird angestrebt
- Kontakte zum Sozialministerium (Umsetzung Landesinklusionsplan) und der Landesbehindertenbeauftragten

Der Autor

Karl-Ulrich Templ

ist stellvertretender Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Kontakt: karl-ulrich.templ@lpb.bwl.de

„Andrej ist anders und Selma liebt Sandra“

Eine junge lesbische Frau berichtete uns von ihrem Schritt, sich ihren Eltern gegenüber zu outen. Sie hatte sich vorgenommen, es zuerst ihrem Vater zu erzählen, hatte aber Angst, in diesem Gespräch nicht die richtigen Worte zu finden. Deshalb hatte sie an ihren Vater einen Brief geschrieben und sich vorgenommen, ihm diesen vorzulesen. Sie beschrieb uns, was dann geschah:

„Er [der Vater] hat gemeint, er kann selber lesen. Er hat die erste Viertelseite gelesen und dann angefangen zu hyperventilieren. Ich habe dann einen Krankenwagen gerufen, weil ich dachte, er bekommt einen epileptischen Anfall oder sonst was. Das war echt grauenvoll, wir haben geschrien und geheult, weil ich echt dachte, mein Papa stirbt jetzt wegen mir. Weil ich eine Entscheidung für mich getroffen habe. Weil er einfach nur noch gezuckt hat. Das war so ein schlimmer Anblick.“

Die Reaktion der Mutter beschrieb sie wie folgt: „Meine Mama hat monatelang nicht mit mir geredet. (...) Ich finde es bewundernswert, wie stark sie ist, wie sie mir heute trotzdem begegnen kann. Ich weiß, in was für Verhältnissen sie aufgewachsen ist, was für Ansichten sie zur Sexualität und Religion hat. Deswegen, ich finde es super, wie es heute ist, dass ich alle ein bis zwei Wochen [bei meinen Eltern] zu Besuch kommen kann.“

Die Projektziele

Im Projekt „Andrej ist anders und Selma liebt Sandra“ sammeln wir Geschichten wie diese von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die einerseits aus Familien mit Migrationsgeschichte bzw. aus stark traditionellen oder religiösen Kreisen stammen und andererseits den klassischen Geschlechtsrollen nicht entsprechen, weil sie beispielsweise lesbisch, schwul, bi-, transsexuell, transgender,

intersexuell oder queer sind (abgekürzt: LSBTTIQ, vgl. Kasten). Wir interessieren uns dafür, wie es ihnen geht, wie sie ihr Leben im Raum Stuttgart gestalten, was besonders schöne und auch besonders schwierige Momente in ihrem Leben waren und was sie sich für die Zukunft wünschen.

LSBTTIQ

Als **lesbisch** (oder homosexuell) bezeichnen sich frauenliebende Frauen.

Als **schwul** (oder homosexuell) bezeichnen sich männerliebende Männer.

Als **bisexuell** bezeichnen sich Menschen, die sich zu Männern und Frauen hingezogen fühlen.

Als **transsexuell** bezeichnen sich Menschen, die bei Geburt ein anderes Geschlecht zugeschrieben bekommen haben, als das, das sie für sich als passend empfinden.

Als **transgender** bezeichnen sich Menschen, die sich zwischen den binären Geschlechtskategorien („Frau oder Mann“) bewegen: Sie wechseln zwischen männlich und weiblich, empfinden sich als etwas anderes oder als beides zugleich.

Als **intersexuell** bezeichnen sich Menschen, deren körperliche Merkmale nicht eindeutig (besser gesagt: eindeutig genug) dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet werden können.

Als **queer** bezeichnen sich Menschen, die sich nicht hinsichtlich ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität kategorisieren wollen oder andere Selbstbezeichnungen als die genannten für sich verwenden.

Wie in dem Beispiel der jungen Frau deutlich wurde, ist für viele das Coming-out in der Familie ein besonders schwieriger Moment gewesen. Dabei wird oft klar: Das Coming-out ist für die gesamte Familie eine – oft dauerhafte – Stresssituation. Deshalb sprechen wir auch mit Eltern und Vertretern und Vertreterinnen von Migrationsorganisationen

Der Autor

Dr. Jochen Kramer

ist Projektleiter bei der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.
Mehr Informationen zum Projekt: www.kultursensibel-lsbttiq.de

Kontakt: kramer@tgbw.de

darüber, wo ihnen LSBTTIQ-Jugendliche begegnen, wie sie diese unterstützen können, welche Befürchtungen und Ängste sie haben, wo sie selbst nicht weiterwissen oder Unterstützung benötigen.

Bei all diesen Schritten verfolgen wir das Ziel, Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen, mit denen die Lebenssituation der Jugendlichen und ihrer Familien verbessert werden kann. Dazu gehört es auch, Werkzeuge für eine gender- und kultursensible Beratung für Fachkräfte aus Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und dem Gesundheitswesen zu entwickeln.

Wer wir sind und wie wir arbeiten

Die Träger des Projektes sind die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V. (TGBW) und die Initiativegruppe Homosexualität Stuttgart (ihs). Beide Organisationen setzen das Projekt in Kooperation mit dem schwul-lesbischen Zentrum in Stuttgart, der Weissenburg, um. Finanziell gefördert wird das Projekt bis Ende 2019 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ und vom Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg bis Ende 2017.

Unsere Grundeinstellung ist geprägt von folgenden Prinzipien:

- **LSBTTIQ wertschätzender (affirmativer) Ansatz.** Dazu gehört es auch, die Selbstbeschreibung der Jugendlichen zu würdigen und ein Fremdlabelling zu vermeiden.
- **Transkulturalität:** Wir gehen davon aus, dass „Kulturen“ sich gegenseitig beeinflussen und nicht getrennt voneinander existieren.
- **Intersektionalität:** Unsere Zielgruppe sind Jugendliche, die mehreren Minderheiten angehören: der Gruppe der LSBTTIQ und der Gruppe der Migrantinnen (bzw. einer traditionellen/religiösen Gruppe). Diese Mehrfachzugehörigkeiten als Kontext zu beachten, ist uns sehr wichtig.
- **Vermeiden von Zuschreibungen:** Wir suchen nach unterstützenden und behindernden Faktoren für die Selbstentfaltung der Jugendlichen sowohl in der Familie/Community der Migrantinnen als auch im LSBTTIQ-Freundeskreis und der LSBTTIQ-Community.
- **Ressourcenorientierung:** Wir führen die Gespräche so, dass Ressourcen sichtbar werden und mehr konstruktive Handlungsoptionen in den Blick kommen.

- **Der qualitative Blick:** Wir interessieren uns für die Vielfalt an Erfahrungen der einzelnen Interviewpartner/-innen.

Stand des Projektes

Bisher haben wir mit 34 homo-, bi- und transsexuellen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesprochen. Die Herkunft ihrer Familien reicht in 18 verschiedene Länder zurück. Sie sind überwiegend zwischen 17 und 28 Jahre alt und bis auf wenige Ausnahmen sind ihre Familien christlich oder muslimisch geprägt.

Achtzehn der Interviews haben wir bereits inhaltlich ausgewertet. Dabei wurde deutlich, welche große Herausforderung das Coming-out ist – nicht nur in der Familie –, mit welchen Ängsten es verbunden ist – aber auch, wie entlastend es erlebt werden kann. Die meisten Jugendlichen sind mit ihrer aktuellen Situation ganz zufrieden. Dies gilt aber nicht für alle: So berichtete uns eine lesbische Frau, sich aus Angst um ihr Leben vor ihrer Familie zu verstecken. Über Diskriminierungs- und Marginalisierungserfahrungen, sowohl als LSBTTIQ als auch als Migrant/-in, berichten uns viele.

.....

Bei all diesen Schritten verfolgen wir das Ziel, Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen, mit denen die Lebenssituation der Jugendlichen und ihrer Familien verbessert werden kann.



Wir erleben die Jugendlichen als sehr selbstständig, aktiv, mutig und kreativ. Sie haben viel nachgedacht über sich und die Welt und sorgen sich oft sehr um ihre Familien. Neben diesen persönlichen Stärken können die Jugendlichen auf

äußere Unterstützung bauen, durch Freunde, Partner/-innen und die LSBTTIQ-Community beispielsweise. Aber auch die eigene Spiritualität und die Familie werden als Ressourcen genannt. Beispielsweise schilderte uns eine junge Frau mit transsexuellem und Migrationshintergrund dieses Erlebnis:

.....
Ein häufiger Wunsch der Jugendlichen ist, dass in der Schule schon früh (d.h. vor der Pubertät) vorurteilsfrei über LSBTTIQ informiert wird – aber nicht als exotisches Thema, sondern als selbstverständlicher Bestandteil gesellschaftlicher Vielfalt.

„Mein Vater hat überhaupt kein Problem damit [dass ich transsexuell bin]. Und als ich es ihm gesagt habe, hat er gemeint: ‚Du, solange du glücklich wirst, mach, was du machen möchtest.‘ Und wir sind auch

letztes zum Bäcker gegangen und er hatte absolut kein Problem, dass ich mit ihm in die Bäckerei gegangen bin. Ich stehe da und er daneben, die Leute gucken mich an und er guckt sie an. Und dann sind wir wieder rausgegangen. Richtig cool. Volle Unterstützung. Das ist super.“

Dennoch: Viele der Jugendlichen suchen weitere Unterstützung. Deshalb beteiligen sich die TGBW und die Weissenburg an der landesweiten LSBTTIQ-Beratung Baden-Württemberg (www.netzwerk-lsbttiq.net/index.php/beratung-selbsthilfe/beratung). Ein häufiger Wunsch der Jugendlichen ist, dass in der Schule schon früh (d.h. vor der Pubertät) vorurteilsfrei über LSBTTIQ informiert wird – aber nicht als exotisches Thema, sondern als selbstverständlicher Bestandteil gesellschaftlicher Vielfalt. Außerdem wünschen sich die Jugendlichen kultur- und gendersensible Fachkräfte im Gesundheitssystem, in der Jugendarbeit, in der Schule und anderen Institutionen, mit denen sie in Kontakt sind. Nicht wenige berichten uns davon, dass sie sich dort nicht gut aufgehoben gefühlt haben – vereinzelt sogar von erneuten Diskriminierungserfahrungen.

Erstes Fazit für die Jugendarbeit

Für Akteure in der Jugendarbeit bedeuten diese ersten Befunde aus unserem Projekt: Die Haltung „Ich behandle alle gleich“ reicht nicht aus. Es ist wichtig, sich immer bewusst zu sein, dass Jugendliche möglicherweise LSBTTIQ sind und einen Migrationshintergrund haben können. Es ist wichtig, Signale des Willkommens für diese Jugendlichen zu setzen und über spezifisches Wissen zu ihrer Lebenssituation zu verfügen. Und es ist unerlässlich, sich mit den eigenen Einstellungen gegenüber Migranten und Migrantinnen und LSBTTIQ auseinandergesetzt zu haben. Dazu möchte das Projekt „Andrej ist anders und Selma liebt Sandra“ beitragen. Wir freuen uns deshalb über Nachfragen und Anregungen.

Armutssensibel handeln – Inklusion ermöglichen

Wer armutssensibel handelt, ermöglicht Inklusion – diese Aussage muss begründet werden. Das Konzept der Inklusion als einer Pädagogik der Vielfalt gründet sich auf die menschenrechtliche Idee, dass jedes Individuum einzigartig ist und wertgeschätzt werden sollte, alle haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Teilhabebarrrieren bzw. Benachteiligungen sollen bewusst wahrgenommen und abgebaut werden. Menschen sind verschieden, ohne einander untergeordnet zu sein oder dass sich daraus unterschiedliche Rechte ergeben würden. Aus dieser Heterogenität lassen sich Dimensionen ableiten wie kulturelle Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter, körperliche Beeinträchtigungen und/oder Armutslagen.

Um inklusiv handeln zu können, benötigen Professionelle spezifische Kenntnisse und Fertigkeiten für jede einzelne Heterogenitätsdimension. Dies beinhaltet zugleich ein Dilemma: Teilhabebarrrieren entstehen durch Zuschreibungsprozesse und Stigmatisierungen. Einerseits ist es nun notwendig, sich mit den einzelnen Dimensionen und den Wirkmechanismen von Diskriminierung auseinanderzusetzen, um die daraus resultierenden Benachteiligungen zu erkennen. Andererseits muss möglichen weiteren Zuschreibungen oder Verfestigungen entgegengewirkt werden.

Partizipation, soziale Teilhabe und Bildungsteilhabe

Inklusion verwirklichen bedeutet, Teilhabe zu ermöglichen. Im deutschsprachigen Raum ist es schwierig, für alle Aspekte von Teilhabe einen einheitlichen Begriff zu formulieren, da diese vor allem in den pädagogischen Diskursen mit je eigenen Konzepten verknüpft werden. Mit dem Begriff der Partizipation werden fast ausnahmslos Ansätze beschrieben, die auf Demokratiebildung zielen, denen ein Menschenbild vom Kind als mündigem Bürger von morgen zugrunde liegt. Daneben gibt es wenige Konzepte, die sich speziell mit den Bedingungen von sozialer Teilhabe oder Bildungsteilhabe beschäftigen. Alle drei Bereiche überschneiden sich inhaltlich.

Teilhabe als übergeordneter Begriff lässt sich auf das Individuum bezogen in drei Bereiche gliedern: *Teil sein, Teil haben und Teil geben*: Eine tiefe Sehnsucht von Menschen als sozialen Wesen ist es, Teil eines Beziehungsgeflechts

zu sein, dazu zu gehören, dabei zu sein als wichtiger Teil des Ganzen und damit beteiligt zu sein an allem, was die Gemeinschaft ausmacht. Wenn jemand daran Teil hat, darf mitgemacht, mitgedacht, mitgestaltet und mitgespielt werden. Und Teil geben meint, die Person darf sich beteiligen, indem sie sich einbringt mit all dem, was sie mitbringt.

Armut: Konzepte und Fakten

Armut beschreibt den Mangel an finanzieller Ausstattung eines Haushaltes. Das heißt, nicht das Kind ist arm, sondern es lebt in einem Haushalt, der von Einkommensarmut geprägt ist. Daraus ergeben sich Folgen für die Bewältigung des Alltags, im Blick auf Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Einkommensarmut ist strukturell und gesellschaftlich bedingt durch die fehlende Verteilungsgerechtigkeit.

.....
Teilhabe als übergeordneter Begriff lässt sich auf das Individuum bezogen in drei Bereiche gliedern: Teil sein, Teil haben und Teil geben.

Für Deutschland gilt das Konzept der Relativen Armut, die Unterversorgung mit Gütern jeglicher Art sowie die Beschränkung der Lebenschancen verglichen mit dem durchschnittlichen Wohlstand einer Gesellschaft. Ausgangspunkt bildet das durchschnittliche Haushaltseinkommen. Die Grenze für *Armutgefährdung* liegt bei weniger als 60 Prozent, *Armut* bei weniger als 50 Prozent und *strenge Armut* bei weniger als 40 Prozent. Betroffene beziehen entweder Sozialleistungen (ALG II), können sich von ihren Einkünften nicht ausreichend

versorgen (working poor) oder schämen sich, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen bzw. kennen sich im Sozialsystem nicht aus (verdeckte Armut). 17,9 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren waren 2012 in Baden-Württemberg armutsgefährdet, in städtischen Regionen lag die Quote bei bis zu 25 Prozent, in strenger Armut leben 4,2 Prozent.¹

Armutrisiken betreffen vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Auch für Baden-Württemberg lässt sich feststellen, dass viele betroffene Kinder in prekären Wohnquartieren aufwachsen, weniger soziale Kontakte haben, vermehrt gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und benachteiligt bei der Bildungsteilnahme sind.

.....
Die Bilder von Armut prägen das professionelle Handeln. Es fällt an manchen Stellen schwer, Alltagspraxen von Eltern nachzuvollziehen. Aber Armut hat viele Gesichter.

Die Gesamtheit aller Zusammenhänge, in denen Personen ihre materiellen und immateriellen Teilhabechancen nutzen (können), wird als Lebenslage in vier Dimensionen betrachtet. Finanzieller Mangel kann sich *materiell* (täglicher Bedarf, Teilhabe), *sozial* (soziale Kompetenzen), *gesundheitlich* und/oder *kulturell* (kognitive Entwicklung, kulturelle Kompetenzen) auswirken. Aber nicht alle Mädchen und Jungen sind in allen Dimensionen gleichermaßen eingeschränkt.

Die *Bilder von Armut* prägen das professionelle Handeln. Es fällt an manchen Stellen schwer, Alltagspraxen von Eltern nachzuvollziehen. Aber Armut hat viele Gesichter. Uta Meier-Gräwe entwickelte eine Armutstypologie. Die *verwalteten Armen* – als das Bild von Armut in den Medien

und der Gesellschaft – kennzeichnet eine generationsübergreifende bzw. langjährige Erfahrung mit Armut, Behörden und Hilfesystemen. Entglittene Zeitstrukturen und fehlende Alltagskompetenzen werden an die Kinder weitergegeben. Der Kampf, den Grundbedarf zu decken, führt bei den erschöpften Einzelkämpfern/-kämpferinnen zu einem hohen Erschöpfungsgrad. Es bleibt wenig Kraft, sich um die Bildung der Kinder zu kümmern. Da sie sich im Umgang mit Behörden alleingelassen fühlen, benötigen sie hier gezielte Unterstützung. Die ambivalenten Jongleure neigen zur Unvernunft. Sie nehmen hohe Kredite auf, Konsequenzen werden verdrängt, man setzt alles auf das Prinzip Hoffnung. Die *vernetzten Armen* sind eingebunden in starke familiäre und soziale Netze. Sie haben die Fähigkeit, sich im Institutionen-Dschungel zurechtzufinden, und können Hilfen für sich und ihre Kinder mobilisieren.

Praktisch handeln

Diese kurze Beschreibung lässt erahnen, dass eine individuelle Unterstützung notwendig ist. Aus den dargelegten Aspekten zu Armut lassen sich sozialraum- und lebensweltorientierte Ideen für die pädagogische Praxis ableiten.

Präventionsketten orientieren sich an der Lebenswelt der Kinder, basieren auf Netzwerken, arbeiten praxisbezogen und partizipativ. Eine Präventionskette bildet ein umfassendes Netz für Kinder, Jugendliche und deren Eltern von der Schwangerschaft bis zum Berufseintritt. Die Akteure entwickeln eine gemeinsame Strategie zu Beratung, Begleitung und Unterstützung der von Armut betroffenen Familien.

Die mittlerweile sechs *BildungsLokale* in München haben zum Ziel, Bildungsbenachteiligungen abzubauen und Bildungsteilnahme für alle jungen Menschen zu ermöglichen. Ausgangslage für die Arbeit ist eine Quartiersanalyse, um die Bedarfe zu erkennen und passgenaue Angebote zu gestalten. Die Bildungsberater/-innen arbeiten individualbiografisch, d. h. lebensweltorientiert. Verantwortungsgemeinschaften aller relevanten Bildungsakteure im Quartier zu initiieren und nachhaltig zu implementieren, ist Aufgabe des Bildungsmanagements.

Die Autorin

Anita Meyer

M.A., Angewandte Bildungswissenschaften, Diplomsozialpädagogin (FH), Vierkirchen.

Kontakt: anita.meyer@perspektive-bilden.de

¹ Alle Zahlen wurden dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg entnommen, siehe Quellen.

Lebensweltorientierung fragt danach, was Kinder und Jugendliche bewegt, wie sie leben. Teilhabebarrrieren sollen abgebaut werden. Verwirklichungschancen im Bildungsbereich, im sozialen und kulturellen Raum müssen eröffnet werden. Um diese Chancen nutzen zu können, benötigen die Kinder Resilienzfaktoren wie

Selbstwirksamkeitsüberzeugung gepaart mit Frustrationstoleranz und Problemlösefähigkeiten. Die sozialen Unterstützungsfaktoren sind die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Nicht zuletzt sind sie die Anwälte der von Armut betroffenen Jungen und Mädchen.

Quellen

Andresen, Sabine/Galic, Danijela 2015: Kinder. Armut. Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung. Bertelsmann Stiftung

BildungsLokale München:
<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Bildung-und-Sport/kommunales-bildungsmanagement/lokales-bildungsmanagement.html>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2013: Werkbuch Präventionskette. Herausforderungen und Chancen beim Aufbau von Präventionsketten in Kommunen. <http://www.bzga.de/pdf.php?id=8b27f00ad322c81d066998ab506ded28>

Hock, Beate/Holz, Gerda/Kopplow, Marlies (2014): Kinder in Armutslagen. Grundlagen für Armutssensibles Handeln in der Kindertagesbetreuung. Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte. WiFF Expertisen, Band 18. München http://www.weiterbildungsinitiative.de/uploads/media/Expertise_38_Kinder_in_Armut.pdf

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2016: IAB-forschungsbericht 11/2016: Kinder in Armutslagen <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb1116.pdf>

Landesinstitut für Schulentwicklung 2015: Bildungsbericht BW http://www.schule-bw.de/entwicklung/bildungsberichterstattung/bildungsberichte/bildungsbericht_2015/Bildungsbericht_BW_2015.pdf

Meier-Gräwe, Uta 2009: Armutsprävention im Sozialraum – ein Schlüssel zur Verringerung von Bildungsarmut bei Kindern. Erschienen in der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“, 58. Jahrgang, Heft 2/3, 2009, S. 29–36 http://www.paritaet.org/hessen/fgzn/abc/cms/upload/projekte/fachtagung/Bildungsarmut_im_Sozialraum.pdf

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg 2015: Erster Armuts- und Reichtumsbericht BW 2015 https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Anhang_PM/Teil_A_Zusammenfassung_AuR.pdf

Richter-Kornweitz, Antje (2013): Resilienzförderung armer Jugendlicher. Risiko- und Schutzfaktoren im Spiegel der Forschung. In: Fischer, Dietlind, van der Gathen, Jan, Höhmann, Katrin, Klaffke, Thomas, Rademacher, Hermann: Schule und Armut. Friedrich Jahresheft XXXI. Friedrich Verlag in Zusammenarbeit mit Klett. Seelze. S. 52–58.

Teilhabe MIT/ Teilhabe IN digitalen Medien – Wie Soziale Arbeit digitale Medien zum Mittel und Ziel ihrer Unterstützung von Teilhabe machen kann

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem Prozess zunehmender Digitalisierung: Güter und Dienstleistungen, aber auch die Zeitbudgets und das Kommunikationsverhalten von Privatpersonen bis hin zu Quellen von Selbstwirksamkeitserfahrung, Entspannung und kultureller Teilhabe verlagern sich in den Bereich digitaler Medien. Dies betrifft so unterschiedliche Felder wie Arbeit (Homeoffice, digitale Wertschöpfung), „Gesundheit“ (digitale Patientenakte, eHealth, Sensorik und Tracking von Körperfunktionen z. B. durch Apps, digitale Bonusprogramme von Krankenkassen), Bildung (eLearning, Gaming, „Gehirnjogging“, auch Hausaufgabenrecherche im Internet) oder Kommunikation (WhatsApp, Skype, Facebook).

Diese Verlagerung hat für die Jugendarbeit auf zwei Ebenen Relevanz: Zum einen können digitale Medien auf individueller Ebene eine Empowerment-Funktion entfalten – aber auch Teilhabe erschweren (Stichwort: „Mobbing per sozialen Medien“). So ermöglichen digitale Services eine Vielzahl von Teilhabe- und Assistenzfunktionen. Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung beispielsweise profitiert von immer preisgünstigeren digitalen Geräten und immer komfortableren digitalen Inhalten und Services. Unterstützte Kommunikation, digitale Assistenz oder Unterstützung beim Lernen durch kindgerechte Apps sind hier Beispiele. Außerdem bieten digitale Services alternative Zugänge zu Bildung – seien es spielerische Lern-Apps, Wikis oder einfach die Übersetzungsfunktion des Smartphones. Kindern und Jugendlichen ermöglichen digitale Services oft eine preisgünstige, diskriminierungsarme, individualisierbare und zeitlich selbst steuerbare Teilhabe. Diese Vorteile können pädagogische Fachkräfte nutzen, müssen aber auch Risiken im Auge behalten.

Zum anderen wird in den digitalen Netzen heute über unsere Gesellschaft von morgen entschieden. Politische Entscheidungen und Meinungsbildung werden in immer stärkerem Maße über digitale Medien vorbereitet, beeinflusst und erklärt. Die „digitale Agenda“ von Europäischer Kommission und Bundesregierung sieht weiter gehende Verlagerungen von Politik („eGovernment“), Verwaltung („eAdministration“) und Bürger/-innenbeteiligung („eDemocracy“) in digitale Medien vor. Arbeit und Bildung sind ohne digitale Kompetenzen nicht mehr denkbar. Hier ist die Frage zu beantworten, wie alle Menschen an diesem Prozess teilhaben können. Aus demografischer Sicht sind Kinder und Jugendliche die Gruppe mit den höchsten Online-Nutzungszeiten. Es stehen aber Fragen der kompetenten Nutzung im Raum: So nutzen Schüler/-innen mit günstigen Bildungsprognosen andere Medien als Schüler/-innen mit geringerer Bildungsaffinität. Doch wenn – platt gesprochen – Gymnasiasten oder Gymnasiastinnen das Internet nutzen, um für Referate zu recherchieren sowie Online-Petitionen zu unterschreiben, und Hauptschüler/-innen dort „daddeln“, birgt dies sozialen Sprengstoff: Es droht eine Verschärfung von Benachteiligung, eine Spaltung entlang digitaler Kompetenzen, weil „fitter“ Kinder mit dem Internet mehr Kompetenzen erwerben als Kinder mit Unterstützungsbedarf.

Der Autor

Dr. Bastian Pelka

TU Dortmund, Sozialforschungsstelle.

Kontakt: pelka@sfs-dortmund.de

Beide Ebenen müssen vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass digitale Teilhabe von einem „Educational Gap“ betroffen ist: Während sich klassische gesellschaftliche Spaltungen (etwa die unterschiedliche Techniknutzung durch Männer und Frauen – „gender gap“ – oder von Menschen aus ländlichem oder städtischem Raum) in den digitalen Medien langsam schließen, sind Bildungsstand und kognitive Merkmale stark prägend für den Nutzen, den Jugendliche aus digitalen Medien ziehen.

Die Forschung zur digitalen Teilhabe unterscheidet drei Barrieren, die sich Menschen bei einer kompetenten, selbstbewussten und gewinnbringenden Nutzung digitaler Medien stellen: Zunächst ist dies die Barriere der Verfügbarkeit digitaler Geräte und Zugänge. War dies in den 1990er-Jahren noch die vorherrschende Sicht auf digitale Teilhabe, so kann heute grob von einer Verfügbarkeit von Geräten und Bezahlbarkeit von Anschlüssen ausgegangen werden. Kinder aus einkommensschwachen Familien kämpfen zwar mit leeren Prepaid-Karten und defekten Geräten; der Zugang scheint aber nicht das größte Problem zu sein. In der Zukunft können wir mit einer Verbreitung freier WLANs und billigerer Technik rechnen. Auch die zweite Barriere scheint im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit weniger hoch als z. B. bei Senioren und Seniorinnen. Hier wird gefragt, ob vorhandene Geräte auch genutzt werden. Während viele ältere Menschen über einen Internetzugang verfügen und sich auch Geräte leisten könnten, sehen sie häufig keinen Mehrwert und nutzen diese nicht. Dies ist bei Kindern und Jugendlichen gänzlich anders und so stellt sich bei ihnen vielmehr die Frage nach der dritten Barriere: Wie kompetent werden digitale Medien genutzt und welcher Nutzen wird daraus generiert?

Hier muss eine aktive Jugendarbeit ansetzen: Sie kann von einer hohen Attraktivität digitaler Welten ausgehen, ebenfalls vielfach von vorhandenen Kompetenzen und auch digitalen Geräten und Zugängen. Aber das Beispiel der recherchierenden versus der spielenden Jugendlichen zeigt, dass der Kompetenzerwerb durch professionelle pädagogische Fachkräfte begleitet werden muss, wenn alle Kinder für digitale Arbeit, digitales Lernen und eine starke Stimme in der digitalen Gesellschaft fit gemacht werden sollen. Doch sind die Fachkräfte selbst fit, um digitale Kompetenzen zu vermitteln? Werden deren Potenziale und Gefahren, aber auch deren Bedeutung für die Lebenswelt von Jugendlichen erkannt? Werden sie beim Umgang mit der Technik unterstützt?

Es lässt sich vermuten, dass hier Potenziale digitaler Medien für Teilhabe, Empowerment, Prävention, Assistenz, Kommunikation, Rehabilitation und generationsübergreifendes Lernen gerade erst entdeckt werden. Ein nicht zu unterschätzender Faktor dabei kann auch sein, dass Kinder und Jugendliche vielfach höhere technische Kompetenzen aufweisen als Eltern und pädagogische Fachkräfte. Doch weder Eltern noch die Kinder- und Jugendarbeit können es sich leisten, Kinder unbegleitet auf den Weg zur kompetenten Nutzung digitaler Medien zu schicken. Moderne Kompetenzvermittlung geht daher davon aus, dass Kinder und Erwachsene digitale Kompetenzen gemeinsam erwerben – intergenerationell und per Peer-Education.

Wer kann dabei helfen? Hier spielen Einrichtungen des sozialen Nahraums und damit die Stadt- und Quartiers-ebene eine große Rolle. In Deutschland hat sich ein breites Portfolio außerschulischer Lernorte etabliert, an denen Zugang zu digitalen Medien, aber auch Unterstützung beim Erwerb von Kompetenzen geboten werden. Beispiele sind Kulturzentren, Bibliotheken, Internet-Cafés oder Fablabs – also eine Art von durch Gemeinschaften betriebene Bastelräume. Kooperationen zwischen Schulen, Eltern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit mit diesen Einrichtungen können Pädagogik und IT zusammenbringen. So lässt sich die Zeit überbrücken, bis digitales Empowerment auf dem Lehrplan der sozialen Berufe steht und bis die Träger der Wohlfahrt ihre Mitarbeiter/-innen regelmäßig in digitaler sozialer Arbeit weiterbilden. Beides wird kommen müssen.

.....
Während sich klassische gesellschaftliche Spaltungen in den digitalen Medien langsam schließen, sind Bildungsstand und kognitive Merkmale stark prägend für den Nutzen, den Jugendliche aus digitalen Medien ziehen.

Ausgewählte Websites mit Ratgebern

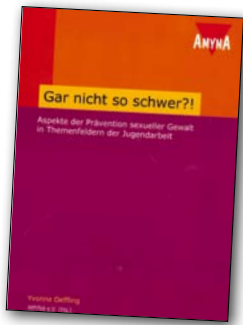
Tipps für Eltern: Wie sie ihr Kind bei der Entdeckung digitaler Medien begleiten können. <https://www.schau-hin.info/>
 Tipps für Pädagogen/Pädagoginnen: Unterricht mit digitalen Medien – Unterricht für digitale Kompetenzen. <https://www.lehrer-online.de/>



AMVNA e.V. (Hrsg.) Yvonne Oeffling

Gar nicht so schwer?!

Aspekte der Prävention sexueller Gewalt
in Themenfeldern der Jugendarbeit
München 2016, 15,00 Euro zzgl. Versand



In der Einführung wird auf Charakteristika von Jugendarbeit abgehoben. Beziehungsarbeit wird in diesem pädagogischen Arbeitsfeld als wesentliches Strukturelement verstanden. Neben dem Raum für Spaß, Spiel und sich selbst erproben in der Gruppe werden derzeit auch in der Jugendarbeit umfassende Präventionskonzepte eingeführt. Das Buch möchte Verantwortlichen in der Jugendarbeit dazu Impulse geben und sie stärken, auch in der Reflexion bewährter Methoden auf Grenzsituationen hinzuweisen, Überforderung von Mädchen und Jungen zu minimieren und angemessen im Team Verantwortung für den Umgang untereinander wahrzunehmen.

Es werden Informationen über verschiedene situative Grenzüberschreitungen und Tatsituationen gegeben, die aufzeigen, wo die Grenze zwischen Spiel und Spaß überschritten wurde. Dabei werden typische Beispiele aus der Jugendarbeit und dem Alltag der Mädchen und Jungen – auch im Feld der digitalen Medien – aufgegriffen und bearbeitet. Zudem wird ein weiteres Beratungs- und Fortbildungsprojekt „Grenzwertlich“ von Amvna e. V. vorgestellt und ausgewählte Links zu Materialien. Die Publikation „War doch nur Spaß ...? Sexuelle Übergriffe durch Jugendliche verhindern“ aus dem Jahr 2014 (Hrsg. Amvna) ist eine wertvolle Ergänzung zur Arbeit in dieser Thematik.

Bernhild Manske-Herlyn

Silke Diestelkamp, Rainer Thomasius

Riskanter Alkoholkonsum bei Jugendlichen

Manual zur Durchführung einer
motivierenden Kurzintervention
Berlin, Heidelberg 2017, 29,99 Euro



Junge Menschen sind neugierig, suchen ihre Grenzen, rütteln daran, überschreiten sie. Das zeigt sich auch dann, wenn Jugendliche bei Festivals, Events, Veranstaltungen und anderen Gelegenheiten Alkohol in großen Mengen konsumieren. Die Motive für exzessives Rauschtrinken können vielfältig sein, wie z. B. der Ausdruck von Protest, der Wunsch nach Abgrenzung, Stressbewältigung oder eben auch die enthemmende Wirkung als Hilfsmittel zur Kontaktaufnahme zum anderen Geschlecht.

Riskanter Alkoholkonsum bedeutet aber auch eine hohe unmittelbare physische und psychische Gefährdung durch Kontrollverlust, Unterkühlung, Bewusstlosigkeit und Erstickungsgefahr, hohes Unfallrisiko, ein überdurchschnittlich hohes Risiko, Opfer von (sexueller) Gewalt zu werden oder selbst Gewalt auszuüben.

Das vorliegende Manual basiert auf den Erfahrungen des multimodalen Präventionsprogramms HaLT-Hamburg. Die Interventionsmethode HaLT wurde im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojektes entwickelt und evaluiert und basiert auf dem Alkoholpräventionsprogramm „HaLT – Hart am Limit“.

Zum einen wird hier in „HaLT proaktiv“ präventiv dem Alkoholkonsum entgegengewirkt und zum anderen werden in „HaLT reaktiv“ durch sogenannte Brückengespräche und Risikochecks Jugendliche, die mit einer Alkoholintoxikation ins Krankenhaus eingeliefert wurden, motiviert, ihr Verhalten zu reflektieren und den riskanten Alkoholkonsum zu beenden.

In den ersten drei Kapiteln (Einleitung, Theoretischer Hintergrund und Die HaLT-Hamburg-Studie) werden theoretische Inhalte zu den Themen riskanter Alkoholkonsum bei jungen Menschen, Risiken und Folgen, Konsummotive, Risiko- und Schutzfaktoren beschrieben. Es wird eine ausführliche Einführung in die motivierende Gesprächsführung nach Miller und Rollnick vorgenommen und das transtheoretische Modell der Veränderung nach Prochaska und DiClemente dargestellt. Die Inhalte der HaLT-Hamburg-Studie werden skizziert und die durchgeführte Evaluation erklärt.

Das vierte Kapitel ist voll und ganz der Praxis gewidmet. Hier gehen Silke Diestelkamp und Rainer Thomasius ausführlich und detailliert auf die Durchführung der HaLT-Intervention ein. In den letzten beiden Kapiteln findet man gut ausgearbeitete Materialien, die für die Durchführung sehr hilfreich sind (z. B. Gesprächsleitfäden, ein Vordruck für ein HaLT-Interview, die HaLT-Gesprächsdokumentation und den Telefonbooster nach ca. sechs Wochen), und eine sehr ausführliche Literaturliste.

Wer eine knappe und zugleich informative Einführung in die Thematik riskanten Alkoholkonsums bei Jugendlichen sucht, ist mit diesem Manual gut bedient. Man bekommt eine praxisnahe Handreichung für eine sinnvolle Interventionsmöglichkeit, die Jugendliche unterstützt, begleitet und zur Selbsthilfe anleitet. Hierbei ist eine empathische, offene und wertschätzende Haltung die Voraussetzung. Das Manual ist anschaulich und gut verständlich geschrieben und für die sozialpädagogischen, erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Fachkräfte, aber auch interessierte Laien eine wertvolle Lektüre, die informiert und für den Umgang mit gefährdeten Jugendlichen anleitet.

Ute Ehrle

Aktion Jugendschutz,
Landesarbeitsstelle Bayern e.V. (Hrsg.)

Jungs und Sex – Aspekte gendersensibler Sexualpädagogik

Fachzeitschrift proJugend 1/2017



In der Pubertät geht es darum, die sexuelle Identität zu entdecken und einen Platz im Spiel der Geschlechter zu finden. Jungen finden zahlreiche Informationsquellen, aber manches, obschon als solches genutzt, ist als Aufklärungsmedium ungeeignet, wie z. B. Pornografie. Väter und Mütter stehen als Ansprechpartner nicht immer zur Verfügung bzw. werden als solche nicht präferiert.

Die pädagogischen Fachkräfte an Schulen, in Einrichtungen der Jugendhilfe und der offenen Jugendarbeit tragen als wichtige Ansprechpartner/-innen dazu bei, dass Mädchen und Jungen ihren Weg finden, sexuell selbstbestimmt zu leben und dabei die eigenen Grenzen und die der anderen zu achten und zu respektieren. Sexuelle Bildung beinhaltet dabei nicht nur Körper- und Sexualaufklärung, sondern auch einen Wertediskurs um Individualität, Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit.

Die Beiträge im Heft sind multidisziplinär in Soziologie, Medizin, Interkulturalität und praktischer Sexualpädagogik angesiedelt. Sie geben wertvolle Anregungen und damit mehr Sicherheit für die praktische Arbeit mit Jungen zum Thema Pubertät und Sexualität.

Bezug: zum Preis von 3,40 Euro (zzgl. Porto/
Versand – Artikel-Nr. 41501)

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle
Bayern e.V., 80636 München, info@aj-bayern.de
www.bayern.jugendschutz.de

Aylin Lenbet

Was Lotta alles kann

Das Baby-Entwicklungsbuch

0 bis 3 Jahre

Trias Verlag 2016, 19,99 Euro



Die Autorin lebt in Berlin-Kreuzberg und hat bereits Erziehungsratgeber geschrieben. Ihr Buch lässt sich wie ein Erziehungsratgeber lesen, ist optisch angenehm aufgelockert und übersichtlich gestaltet. Auch die flexible Buchhülle lässt das Buch alltags-tauglich erscheinen. Im Inhaltsverzeichnis finden sich unter anderem zahlreiche Stichwörter zur Sexualerziehung und auch die medienpädagogischen Aspekte fehlen nicht. Insgesamt werden die zentralen Entwicklungsschritte und Erziehungsthemen sachlich gut bearbeitet. Den Leserinnen und Lesern werden dabei in der pädagogischen Haltung positive Impulse zur Förderung von Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit des Kindes gegeben sowie Anregungen zur Selbstregulation von Kindern vermittelt. Ein sehr lesenswertes Buch.

Bernhild Manske-Herlyn

Klicksafe (Hrsg.)

Was tun bei (Cyber)Mobbing

Ludwigshafen, Februar 2017



Mobbing ist eine extreme Form aggressiven Verhaltens. Sie zeigt sich im Zusammenleben zwischen Menschen häufig dann, wenn grundlegende Bedürfnisse verletzt werden. Gelingt es, darüber ernsthaft ins Gespräch zu kommen, kann Aggression konstruktiv genutzt werden. Bei Mobbing jedoch werden Einzelne systematisch und langfristig ausgegrenzt – zerstört. Die Ausweitung der Kommunikation auf den digitalen Raum hat die Brisanz von Mobbing deutlich verschärft. Dieses Handbuch soll einen Beitrag dazu leisten, im (Cyber)Mobbingfall professionell zu handeln. Es wurde in Zusammenarbeit des Präventions- und Fortbildungsprogramms Konflikt-KULTUR und der EU-Initiative Klicksafe erarbeitet.

Bezug: Download sowie weitere Arbeitsblätter zum Handbuch unter www.klicksafe.de

Bundeskongress für Erziehungsberatung e.V. (Hrsg.)

Geflüchtet in Beratung

März 2017, 150 Seiten, 15,00 Euro

Der neue Materialband der bke versammelt Best-Practice-Beispiele aus der Erziehungs- und Familienberatung zu den Komplexen „Flucht – Trauma – Beratung“, „Hilfen für Kinder und Jugendliche“ sowie „Institutionen im Kontext“. Ein Anhang, der unter anderem Empfehlungen für Qualitätsstandards für die Zusammenarbeit mit Dolmetschenden in der Beratung enthält, rundet den Band ab.

Bezug über den Buchhandel oder www.bke.de

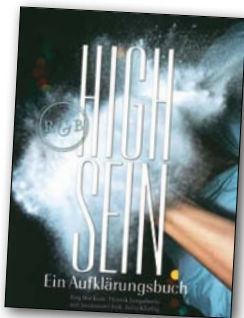


Jörg Böckem, Henrik Jungaberle,
mit Immanuel Jork, Julia Kluthig

Highsein. Ein Aufklärungsbuch

Berlin 2015, 22,95 Euro

Das Buch Highsein wendet sich an (junge) Menschen, die es wissen wollen. Menschen, die ehrliche Antworten ohne moralisierende Manipulation, ohne einseitige Katastrophisierungen fordern.



Viele junge Menschen sind risiko- und experimentierfreudig, andere nachdenklich, reflektiert und vorsichtig. Zugleich haben sie alle die gleichen Fragen:

- Wie gefährlich sind Drogen?
- Warum unterscheidet man in legale und illegale Suchstoffe?
- Was macht süchtig? Was kann schützen?
- Wo sind die Grenzen?

Die Autoren versuchen in diesem Drogenaufklärungsbuch, objektiv und ohne Vorurteile über den Drogenkonsum zu informieren. Sie beleuchten alle Seiten des Rausches: von der Bewusstseinsweiterung bis hin zur Psychose, vom absoluten Glücksgefühl bis hin zum Drogentod.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Sexualaufklärung im interreligiösen Dialog

Fachheftreihe: Forum Sexualaufklärung und Familienplanung 2/2016

Unter anderem mit folgenden Themen:

- Sexualaufklärung – ein Thema für den Austausch zwischen Religionen, Wissenschaft, Verbänden und der BZgA
- Die Bedeutung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs für die Sexualaufklärung: Austausch der Perspektiven unterschiedlicher Religionen (Christentum, Islam, Judentum)
- Religiöse Expertenmeinungen zu sexualethischen Fragen im Internet
- Wie Massenmedien eine moderne Sexualpädagogik unterstützen können

Bezug: www.bzga.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und
Jugendschutz (Hrsg.)

Jugendschutz geht zur Schule!

Kinder- und Jugendschutz als Aufgabe der Schulsozialarbeit –

Blickpunkt Kinder- und Jugendschutz – Berlin 2016, 164 Seiten, 10,00 Euro

Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule ist gesetzlich vorgesehen (§ 81 SGB VIII) und in vielen Handlungsfeldern schon gewachsene Praxis. Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter sehen sich im Rahmen ihres sozialpädagogischen Handelns immer wieder mit jugendschutzrelevanten Themen und Problemen konfrontiert – dabei sind sowohl Prävention als auch Intervention gefragt.

In dieser Publikation der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz wird die (erfolgreiche) Kooperation der beiden Akteure Jugendschutz und Jugend- bzw. Schulsozialarbeit in den verschiedenen Handlungsfeldern thematisiert. Ziel der Beiträge ist es, die Kooperation zu befördern und die Akteure zu vernetzen und in Austausch zu bringen.

Bezug: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, 10178 Berlin,
Fax (030) 400 40 333, info@bag-jugendschutz.de, www.bag-jugendschutz.de



Anhand von wissenschaftlichen Erkenntnissen – was wirkt wie in Kopf und Körper – versuchen die Autoren, ein differenziertes Bild von Drogen aller Art, von Rausch und Sucht, von Wirkungen, Nebenwirkungen und Risiken zu zeichnen. Am Ende eines jeden Kapitels beschreiben junge Menschen, welche Erfahrungen sie mit den verschiedenen Suchstoffen gemacht haben. Man kann sich darüber

streiten, ob die Rauscherzählungen zu positiv ausgefallen sind, ob sie junge Menschen zum Drogenkonsum anregen könnten. Sicher ist jedoch, dass in diesen Schilderungen von Highs und Downs – mein letzter Absturz, meine geilste Nacht – alle Facetten des Konsums beschrieben werden. Auch hier bleibt bewusst offen, wohin ein Rausch führen kann: ins Glück, ins Gefängnis, ins Abseits oder ins Grab.

In den 15 anschaulich und gut lesbaren Kapiteln (Drogen; Wohin soll die Reise gehen?; Die Drogen und ich; High sein; Down sein; Das erste, zweite, letzte Mal; Drogenfestspiele und Subkulturen; Smart und fit mit Drogen; Sex on the Rocks; Umgangsregeln; Was tun, wenn's brennt?; Dealer, Magier und das Internet; Gesetze und Politik) klären die Autoren über Drogen und Drogenkonsum auf.

Sie wollen erreichen, dass (junge) Menschen sich sachlich und gut informiert mit dem Drogenkonsum auseinandersetzen, ihre Konsummuster reflektieren und verantwortlich handeln.

Ute Ehrle

Aktion Jugendschutz

Landesarbeitsstelle Bayern e.V. (Hrsg.)

Mobbing gemeinsam beenden

aj für Eltern, München 2017



Mobbing kann beendet werden. Sowohl die Schule, als auch das Elternhaus spielen dabei eine entscheidende Rolle. Der Schlüssel zur Lösung liegt bei den pädagogischen Fachkräften der Schule. Eltern können die Hilfe entscheidend voranbringen und ihr Kind sinnvoll unterstützen. Die Broschüre ist übersichtlich und aktuell. Sie beschreibt auf anschauliche Weise, wie man Mobbing erkennen, beenden und verhindern kann. Sie macht Eltern das Problem verständlich und zeigt auf, was sie Hilfreiches tun können.

Bezug: Aktion Jugendschutz Bayern e.V.,

www.bayern.jugendschutz.de, info@aj-bayern.de

Alexander Sury (Hrsg.)

„Die heutige Jugend – ein Ausbund an Tugend?“

Die 20 besten Essays

des 10. „Der Bund“-Essay-Wettbewerbs 2016

Basel 2016, 32,00 Euro

Die Jugend ist oft eine Projektionsfläche der Träume und Ängste von Erwachsenen. Doch wie ist sie denn wirklich, die Jugend von heute? Man sagt der jungen Generation nach, sie sei angepasst, brav und funktioniere reibungslos. Stimmt das so? Und war früher wirklich alles wilder und unkonventioneller?

Die Berner Tageszeitung „Der Bund“ fragte nach und erhielt zahlreiche Antworten. 126 Autorinnen



und Autoren – davon 33 in der Kategorie U-21 – nahmen am mittlerweile 10. Essay-Wettbewerb teil und gewährten der Jury ganz persönliche Einblicke in die „Black Box“ Jugend. Die 20 besten Essays sind in diesem Buch nachzulesen. Nach dem Prolog, der Begrüßung der Jugend durch den Chefredakteur der Zeitung „Der Bund“, den Herausgeber des Buches, und durch zwei Jurymitglieder sind zunächst die drei Siegertexte veröffentlicht. Es folgen dann Kapitel mit den Überschriften

- **Black Box Jugend:** „Wir sind die Generation, die gerne etwas unanständiger und unkontrollierter wäre.“
- **Erwachsene Rückblicke:** „Was ist los mit der Jugend? Lebt sie schon oder konsumiert sie noch?“
- **Presst uns in kein Korsett:** „Wir haben keinen festen Platz in der Welt und werden nicht gebraucht.“
- **Alles steht Kopf:** „Frühvergreiste Jugend und auf ihre Jugendlichkeit bedacht Ältere bilden einen formlosen Brei.“
- **Die eigene Jugend opfern:** „Wir rebellieren so kompromisslos wie keine andere Generation vor uns.“
- **Epilog:** Die Jugend verstehen.

Die Überschriften machen trotz manch bekanntem Schlagwort neugierig. Die Überschriften der einzelnen Texte lassen ahnen, dass es sich hier um ein Lesebuch handeln könnte. Und das ist es: ein Buch, das nicht linear zu lesen ist, sondern in dem zu schmökern sich lohnt. Da finden sich sehr poetische, freche und mal auch etwas ironische Texte, die einen Einblick in die Gedanken- und Gefühlswelt junger Menschen gewähren. Oftmals so berührend, dass Weiterlesen nicht möglich ist, weil

man zunächst den Worten nachspüren muss. Da wird die Vielfalt jugendlicher Auseinandersetzungsprozesse sichtbar, die vielleicht zu oft im Verborgenen stattfinden.

Alle Texte machen deutlich, dass Studien allein nicht ausreichen, um die Jugend zu verstehen. Es gilt, mit ihr zu sprechen, um jenseits der Zahlen, Schlagzeilen und Schlagworte zumindest eine Ahnung zu bekommen, was sie bewegt, die heutige Jugend. Eine sehr empfehlenswerte Zusammenstellung, sicher auch geeignet, um mit der Jugend ins Gespräch zu kommen, auch wenn manche der Autorinnen und Autoren schon zur Gruppe der jungen Erwachsenen gehören.

Elke Sauerteig

Bundesarbeitsgemeinschaft

Kinder- und Jugendschutz (Hrsg.)

No Hate Speech Gegen Hass im Internet

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, 1/2017, 16,00 Euro



Die Alltagssprache von Jugendlichen ist oftmals ruppig, zynisch und gewollt abwertend. Doch Beleidigungen, Hetze und Bedrohungen, die vorrangig (anonym) in Internetforen oder auf Facebook gegen Personen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer (vermeintlichen) Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung einer bestimmten Gruppe zugeschrieben werden, gehen weit darüber hinaus. Hate Speech ist (digitale) gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Pädagogische Fachkräfte müssen sich immer häufiger mit diesem Phänomen auseinandersetzen.

Neben Interventionen in konkreten Situationen sollten sie auch präventiv reagieren (können). Die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe 1/2017 von KJug bieten in ihren Beiträgen Informationen und Handlungsempfehlungen, um u. a. Gegenstrategien in der politischen Bildung und der Medienkompetenzförderung zu entwickeln.

Bezug: *Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz*, 10178 Berlin, Fax (030) 400 40 333, info@bag-jugendschutz.de, www.bag-jugendschutz.de

Vielfaltcoach

Mentorenausbildung „Respekt und Vielfalt leben“ für Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 und 9

DEMOKRAZIEZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg bildet Jugendliche zu Vielfaltcoaches aus. Das Mentorenprogramm „Respekt und Vielfalt leben“ der Jugendstiftung Baden-Württemberg richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 und 9 aller allgemeinbildenden Schulen.

In der viertägigen Qualifizierung beschäftigen sich die Jugendlichen mit den Themen Vorurteile, Diskriminierung, Ausgrenzung und Menschenrechte und sie lernen vielfältige Methoden kennen, wie sie ihr Wissen anderen Jugendlichen weitergeben und Projekte in ihrer Schule anstoßen können.

Im Fokus der Ausbildung stehen persönliche Erfahrungswerte sowie praktische Übungen, ein Planspiel und Aktionen. Nach der ersten Kurseinheit führen die angehenden Vielfaltcoaches für Mitschülerinnen und -schüler eine Stadtführung durch, bei der es um unsere Menschenrechte geht. Im Anschluss an die zweite Kurseinheit setzen sie eigene Projektideen an ihrer Schule um. Zum Abschluss ihrer Ausbildung erhalten die Vielfaltcoaches ein Qualipass Zertifikat.

Die Qualifizierung findet in zwei Kurseinheiten statt:

- **Kurseinheit 1:** Herbst 2017 (zwei Tage)
Themenschwerpunkt: Vorurteile, Diskriminierung und Ausgrenzung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Menschenrechte
- **Kurseinheit 2:** Frühjahr 2018 (zwei Tage)
Themenschwerpunkt: Hass und Diskriminierung in Sozialen Medien, Umgang mit Fake News

Für die begleitenden Lehrkräfte der Vielfaltcoaches findet im November 2017 eine Fachveranstaltung mit thematischem Input sowie Einblicken in das Konzept und die Arbeit mit den Vielfaltcoaches statt.

Anmeldeschluss für Schulen: 30. Juni 2017

Je Schule können zwei bis vier Jugendliche angemeldet werden. Die Zulassung zur Vielfaltcoach-Ausbildung erfolgt durch die Jugendstiftung Baden-Württemberg. Die namentliche Anmeldung der Schülerinnen und Schüler muss bis spätestens 21. Juli 2017 erfolgen. Die Ausbildung zum Vielfaltcoach ist kostenlos.

Informationen: demokratiezentrum-bw.de/angebote-beratung/vielfaltcoach/

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. (Hrsg.)

SUCHTSTOFFE

Elternwissen Nr. 3, neu überarbeitet

Suchtgefährdung bei Kindern und Jugendlichen ist immer wieder Thema der Berichterstattung und öffentlichen Diskussion. Im vorliegenden Elternwissen werden sowohl Daten und Fakten beleuchtet wie vorbeugende, schützende sowie intervenierende Maßnahmen besprochen. Fragen, die aufkommen: Wann sind Kinder und Jugendliche tatsächlich besonders gefährdet und was können Eltern tun?

Jedes menschliche Verhalten kann suchtförmig werden. Suchterkrankung wird dabei über unbezwingbares Verlangen, Dosissteigerung mit damit verbundener Toleranzerhöhung, seelische und häufig auch körperliche Abhängigkeit sowie Schädlichkeit für

den Betroffenen wie sein soziales Umfeld definiert.

Dieses neu überarbeitete Elternwissen gibt einen Überblick über die diversen Suchtstoffe und Tipps, wie Eltern ihren Kindern in den verschiedenen Entwicklungsstufen vorbeugend und unterstützend zur Seite stehen können.

Die Broschüren der Reihe Elternwissen eignen sich auch als Begleitmaterial für Elternseminare und Elternabende.

Bezug: www.thema-jugend.de, info@thema-jugend.de



Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.)

abgucken erwünscht! DAS BUCH

„Kulturagenten für kreative Schulen“ in Baden-Württemberg 2011 bis 2015

Das Kulturagentenprogramm hat es in Baden-Württemberg geschafft, kulturelle Bildung gerade zu jungen Kindern und Jugendlichen zu bringen, die Kunst und Kultur nicht durch ihre Elternhäuser kennenlernen. Wie das genau umgesetzt wurde, ist jetzt in der vorliegenden Dokumentation nachzulesen.

Das Buch gibt einen umfassenden Einblick über Konzepte, Kooperationen und Projekte, die an den unterschiedlichen Schulen im Land von 2011 bis 2015 umgesetzt wurden.

Bezug: www.ljkbw.de





Aus der Arbeit der ajs

Die ajs im Kindermedienland Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

Medienpädagogische Fortbildungsangebote für Fachkräfte der sozialpädagogischen Familienhilfe und der ambulanten Dienste

Nicht alle Eltern und Familien werden von herkömmlichen medienpädagogischen Bildungsangeboten erreicht. Darum offeriert die ajs im Rahmen der Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg und im Auftrag des Staatsministerium auch 2017 wieder Fortbildungsangebote für Fachkräfte der SPFH und der ambulanten Dienste. Zielgruppe sind alle Fachkräfte der erzieherischen Jugendhilfe, die mit Familien bzw. Eltern arbeiten. Inhaltlich geht es darum, sich mit aktuellen Medien und Medieninhalten und den Nutzungsweisen von Kindern und Jugendlichen auseinanderzusetzen, um in der täglichen Arbeit Eltern auch in der Medienerziehung ihrer Kinder begleiten und unterstützen zu können.

Basis-Seminar (2 Tage)

Für Fachkräfte, die sich grundlegend mit Fragen der Medienpädagogik auseinandersetzen möchten,

gibt es ein zweitägiges Basisangebot zu allen Fragen der Mediennutzung und Medienerziehung in Familien. Das nächste medienpädagogische Basisseminar findet vom 19. bis zum 20. September 2017 in der Fortbildungs-Akademie der Caritas in Freiburg statt. Die Teilnahme, Unterbringung und Verpflegung sind für Fachkräfte kostenlos.

Update-Seminare (1 Tag)

Für medienpädagogisch erfahrene Fachkräfte gibt es die Möglichkeit, an einem Update-Seminar teilzunehmen. Das nächste Update-Seminar zum Thema „Cyber-Mobbing. Hilfe, Schutz und Vorbeugung“ findet am 11. Mai 2017 in der Jugendherberge in Stuttgart statt. Für den Herbst 2017 ist ein weiteres Update-Seminar zum Thema „Informationskompetenz in Familien fördern: Wahr oder Falsch? Echt oder Fake?“ geplant. Die Teilnahme an den Seminaren ist kostenlos.

Inhouse-Fortbildungen und medienpädagogische Workshops mit Familien

Interessierte Träger können alle Seminarangebote als kostenlose Inhouse-Fortbildung abrufen! Träger und Fachkräfte, die sich gemeinsam mit von ihnen betreuten Familien mit medienbezogener Fragen zu den Medien Fernsehen, Internet und Smartphone oder digitale Spiele beschäftigen möchten, haben darüber hinaus die Möglichkeit, 3,5-stündige Workshops in Anspruch zu nehmen, die vor Ort durchgeführt werden.



Im Lauf des letzten halben Jahres konnten an weitere 30 junge Medienscouts Urkunden und Zertifikate verliehen werden. Die Zahl der seit Herbst 2011 in ganz Baden-Württemberg geschulten Medienscouts aus verschiedenen Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung ist somit auf 172 gestiegen und wird sich bei weiteren Abschlussveranstaltungen in den kommenden Wochen nochmals erhöhen.

Einen besonderen Moment gab es beim Projekt mit den Jugendlichen der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart. Thomas Langheinrich, Präsident der LFK, hat es sich nicht nehmen lassen und den Medienscouts bei der Abschlussveranstaltung im Flattichhaus persönlich die Urkunden und Zertifikate überreicht. Gleichzeitig konnte er sich so ganz direkt davon überzeugen, welche spannenden Peer-Projekte die Jugendlichen im Anschluss an die Schulung auf die Beine stellen und trotz einiger Schwierigkeiten mit Nachdruck umsetzen.

Letzter Projektplatz frei!

Für einen Start der ajs Medienscouts Jugendhilfe 2017 können wir noch einen Platz in unserem geförderten Programm vergeben. Sollten Sie daran interessiert sein, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf. Wir klären Ihre Fragen gerne in einem persönlichen Gespräch.

Information und Beratung: Henrik Blach

Interkulturell denken – lokal handeln!

Berufsbegleitende Weiterbildung der Aktion Jugendschutz (ajs) für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Jugendhilfe, Jugendarbeit, Schule, Kindertagesstätten, Verwaltung, Polizei, Kirchen und Migranten-Organisationen.

The image shows three brochures for workshops. The first is titled 'Workshop Digitales Spielen in der Familie', the second 'Workshop Fernsehen in der Familie', and the third 'Workshop Internet, Smartphone und Co.'. Each brochure includes a description of the workshop's goals and content, such as discussing game rules, family media use, and digital safety.

[www.ajs-bw.de/
medienpaedagogische-
fortbildung-fuer-
fachkraefte-der-spfh.html](http://www.ajs-bw.de/medienpaedagogische-fortbildung-fuer-fachkraefte-der-spfh.html)

Informationen:
Ursula Kluge

Interkulturelle Kompetenz ist in heterogenen Gesellschaften wie der unseren unverzichtbar. Durch den Zuzug von Geflüchteten hat diese Notwendigkeit eine neue Dimension erfahren. Auch die pädagogische Arbeit kann nur gelingen, wenn die Tatsache und die Effekte von Migration anerkannt werden. Zudem ist die interkulturelle Öffnung eines Gemeinwesens ein zentraler Ansatzpunkt für jede Kommune, die sich der Herausforderung der multikulturellen Realität einer Einwanderungsgesellschaft stellen will. Diese Aufgabe kann nur in enger Zusammenarbeit verschiedener Akteure gelingen.

Mit unserer Weiterbildung konnten wir bislang in Buchen, Pforzheim, Bad Urach, Mannheim und Tübingen wichtige Impulse geben. Dabei sind drei Aspekte wesentlich: die Qualifizierung von Fachkräften, die Entwicklung von Netzwerken vor Ort und die interkulturelle Öffnung der beteiligten Einrichtungen.

Ansprechen möchten wir:

- lokale Arbeitskreise Migration (Runder Tisch o. Ä.), die Interesse an neuen Impulsen haben
- Kooperationen verschiedener Einrichtungen (Jugendhilfe, Schule), die Mentorinnen und Mentoren für das Thema Integration („hausinterne Integrationsbeauftragte“) ausbilden wollen
- kleine, bilaterale Kooperationen (Jugendhilfe-Schule, Jugendhilfe-Polizei etc.), die weitere Partner für eine Zusammenarbeit gewinnen wollen

Dieser Weiterbildung liegt die Idee eines lernenden Netzwerks zugrunde: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Gruppengröße 12 bis 20 Personen) erarbeiten sich in fünf bis sechs Seminar-Bausteinen Grundbegriffe und Handlungskonzepte, entwickeln Praxisprojekte sowie ein gemeinsames Verständnis von Migrationspädagogik. Unter Leitung von zwei Referentinnen der ajs und mit der Unterstützung von weiteren Expertinnen und Experten arbeitet die Gruppe zirka neun Monate zusammen. Werden



alle Voraussetzungen erfüllt, wird die Weiterbildung mit einem Zertifikat bescheinigt.

Eine Einführung in die Migrationspädagogik und die Präsentation der Praxisprojekte samt Abschlussreflexion bilden den Rahmen. Die Auswahl der dazwischen zu bearbeitenden Themen orientiert sich an den lokalen Erfordernissen und wird im ersten Baustein mit der Weiterbildungsgruppe abgestimmt, um ein Optimum an

Nachhaltigkeit zu erzielen. Mögliche Inhalte sind:

- Elternarbeit im Migrationskontext
- Migration: Belastung oder Ressource?
- Migranten-Organisationen als Partner
- Rassismuserfahrungen von Jugendlichen und Empowerment-Ansätze
- Besonderheiten in der Arbeit mit Geflüchteten
- Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen

Ab Mitte der Weiterbildung erarbeiten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Teilgruppen ein Praxisprojekt nach eigener Wahl. Hinzu kommt ein Fachtag für die Leitungskräfte der beteiligten Einrichtungen.

Neben der Qualifizierung der Fachkräfte liegt der Gewinn für die Auftraggeber in einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitszusammenhänge und insbesondere in der Kooperation mit Migranten-Organisationen.

Information: Lothar Wegner

Weiterbildung zum Jungenarbeiter

Mit 15 Teilnehmern ist diese berufsbegleitende Weiterbildung als Kooperation verschiedener Träger in die sechste Runde gestartet. Beim dritten Baustein im Januar 2017 stand das Thema Gewaltprävention, Körperlichkeit und Grenzen im Mittelpunkt. Josef Riederle von Kraftprotz (Kiel) bot den Kollegen mit „Kampfspiele“ zunächst einen praktischen und körperlich herausfordernden Zugang zum Thema an. In einer Turnhalle konnten

die Teilnehmer anhand vieler Übungen die Themen Respekt, Ehrlichkeit und Konkurrenz und dabei Dynamik, Kraft und Ruhe bzw. Entspannung am eigenen Körper erleben. In der anschließenden Reflexion wurde deutlich, dass der Transfer in die Jungenarbeit einer sorgfältigen Vorbereitung und Anleitung bedarf. Dann ermöglicht er Jungen, sowohl einen positiven Bezug zu eigener Kraft und Aggression als auch zu Gefühlen wie Hilflosigkeit und Überforderung zu gewinnen. Dazu ist es wesentlich, das Kämpfen als „Höhepunkt“ gut vorzubereiten, um gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln und anschließend den Spannungsbogen gekonnt „abzusenken“. Die Teilnehmer waren sich einig, dass dieser Ansatz einen hilfreichen Beitrag zur Entwicklungsförderung verspricht.

Im März folgte ein Baustein zum Thema „Jungengesundheit und Körperlichkeit“, im April standen die Bildungsbiografien von Jungen – in und außerhalb der Schule – im Mittelpunkt.

Für 2018 ist ein weiterer Durchlauf der Weiterbildung geplant.

Information: Michael Schirmer
(michael.schirmer@lag-jungenarbeit.de),
Lothar Wegner (ajs)

Jugendhilfe und Polizei

Fachtagung, 20. und 21. September 2017, Villingen-Schwenningen

Polizei und Jugendhilfe arbeiten im Sozialraum oftmals zusammen. Damit diese Kooperation möglichst effektiv und tatsächlich zum Wohl der Kinder und Jugendlichen erfolgt, ist es wichtig, dass beide Seiten ihre professionellen Hintergründe und Arbeitsweisen kennen und sich darüber austauschen. Neben Gemeinsamkeiten müssen auch die Differenzen klar benannt und bewusst sein.



Ziel dieser Fachtagung ist es, die Zusammenarbeit und den Dialog von Jugendhilfe und Polizei zu fördern, indem die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen und die daraus resultierenden Auftrags-, Haltungs- und Methodendifferenzen transparent gemacht und diskutiert werden. Thematischer Schwerpunkt wird dieses Jahr voraussichtlich das Themenfeld Prävention sein.

Die Tagung wird in Kooperation zwischen KVJS und LKA angeboten und richtet sich an Fachkräfte der Jugendhilfe, insbesondere im Allgemeinen Sozialen Dienst der Jugendämter, der Jugendgerichtshilfe, der Schulsozialarbeit, der Mobilen Jugendarbeit und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie an Jugendsachbearbeiterinnen und Jugendsachbearbeiter der Polizei. Je 20 Plätze werden für beide Arbeitsfelder reserviert.

Das detaillierte Tagungsprogramm wird ab Mai vorliegen (www.kvjs.de).

Information: Lothar Wegner

Zwangsheirat geht uns alle an!

Prävention und Hilfen in Krisen

Regionale Fachtage

9. Mai 2017 und 11. Juli 2017, Karlsruhe

Zwangsheirat beeinträchtigt Betroffene massiv in ihrer Selbstbestimmung und Lebensplanung. Mehrheitlich handelt es sich um Mädchen. Wenn

14. September 2017 Kirchheim-Teck

Resilienzförderung und Prävention von sexueller Gewalt

Kooperationsveranstaltung Aktion

Jugendschutz und Kreisjugendring Esslingen

22. und 23. November 2017 Stuttgart-Birkach

Sexualpädagogik-Werkstatt

Entwicklung einer sexualpädagogischen

Konzeption in der Jugendhilfe

Eltern ihre Entscheidung zur Verheiratung umsetzen wollen und das Mädchen nicht einverstanden ist, eskaliert die Situation häufig. Was für junge Frauen auf dem Spiel steht und welche Folgen eine Entscheidung gegen den Willen der Eltern für sie haben kann, wird im Rahmen der Tagung anhand von Berichten über die Folgen einer Zwangsverheiratung verdeutlicht.

Selbst bei einer Zuspitzung der Situation können noch Schritte unternommen werden, um Lösungswege zu entwickeln. Hilfen sind jedoch nicht ohne Kenntnisse der kulturellen Traditionen und der geltenden juristischen Fakten und Menschenrechte möglich. Ebenso wichtig sind die spezifisch anzuwendenden Ressourcen von Jugendhilfe und der Fachberatung sozialer Dienste. Bei Minderjährigen handelt es sich um Kinderschutzfälle.

Der Fachtag am 9. Mai 2017 möchte einerseits auf die Not der jungen Frauen aufmerksam machen und andererseits Standards für eine professionelle Intervention entwickeln. Beraterische Hilfen sollen

anhand von Situationen aus der Praxis erörtert werden. Es ist wichtig, präventive Maßnahmen sowie Kooperation anzuregen, um im Einzelfall angemessene individuelle Lösungen finden zu können. Der Fachtag wendet sich an Fachkräfte, die im Jugendamt, in der Migrationsberatung, in der Schulsozialarbeit, in der Jugendhilfe und in den Schulen Kontakt zu betroffenen jungen Frauen haben.

Das interkulturelle Sensibilisierungstraining

am 17. Juli 2017 bietet die Möglichkeit, praxisnah ein Gespür für Handlungsmöglichkeiten bis hin zur Einleitung von Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Unsicherheiten und Berührungsängste aufseiten der Hilfesysteme und aufseiten der Betroffenen erschweren es, eine Perspektive zu entwickeln. Große Chancen liegen darin, auch im Krisenfall kommunikations- und damit handlungsfähig zu bleiben. Dafür sind interkulturelle Kompetenzen unabdingbar.

Wenn Betroffene Kontakt mit sozialen Einrichtungen aufgenommen haben oder Konflikte in den Schulen bekannt werden, hat es in allen Fällen bereits eine lange Vorgeschichte in den Familien gegeben. Die Konflikte haben sich mit der Zeit zugespitzt, die Bedrohlichkeit wird im Konfliktverlauf oft nicht erkannt.

Die Veranstaltungen werden in Kooperation der Aktion Jugendschutz mit der Diakonie Baden, der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart und TERRE DES FEMMES e. V. angeboten. Die Veranstaltungen können unabhängig voneinander besucht werden, sie bauen jedoch aufeinander auf.

Information:

Bernhild Manske-Herlyn

Dran bleiben

Deeskalation und Eskalation in Jugendhilfe und Schule

18. bis 19. September 2017, Pforzheim-Hohenwart

Konflikte gehören zu den zentralen Herausforderungen in der sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, ob offline oder online. Dabei verwickeln sich Pädagoginnen und Pädagogen immer wieder in Situationen, in denen sie sich mehr aufreiben, als ihnen lieb ist. Im Seminar werden unter der Leitung von Frank Müller und Friederike Rapp sowohl Hintergründe von Eskalations-Episoden reflektiert als auch ein Kompass entwickelt, wann Eskalation und wann Deeskalation zum gewünschten Ziel führt. Inputs, Austausch und Übungen wechseln sich ab.

Information: Lothar Wegner

Wie umgehen mit Konflikten im Netz?

Fortbildung für pädagogische Fachkräfte

11. Juli 2017, JUBEZ, Karlsruhe

Seit November 2016 bieten wir dieses Seminar als eintägige Veranstaltung an: Auch in dieser komprimierten Form können Fachkräfte einzelne Methoden aus der didaktischen Handreichung „Wie umgehen mit Konflikten im Netz? – Methodenideen für die pädagogische Praxis“ des Wissenschaftlichen Instituts des JHW Freiburg e. V. (WI-JHW) kennenlernen und selbst ausprobieren.

Ergänzend dazu wird Hintergrundwissen zum Medienhandeln von Kindern und Jugendlichen vermittelt und der kompetente Umgang mit dem Phänomen des Victim Blaming erprobt.

Für Interessierte insbesondere aus Karlsruhe und Umgebung gibt es aktuell die Möglichkeit, sich für das Seminar in Karlsruhe anzumelden. Programm und Anmeldeformular finden Sie auf www.ajs-bw.de unter Veranstaltungen.

Information: Henrik Blaich



Nach 23 Jahren hat unsere Kollegin Ursula Arbeiter sich entschieden, sowohl beruflich wie privat neue Wege zu gehen und zukünftig in Berlin zu leben und zu wirken. Ursula Arbeiter hat in ihrer Zeit als Fachreferentin im Bereich Jugendmedienschutz und Medienpädagogik die vielfältigen Entwicklungen und daraus resultierende Herausforderungen für pädagogische Fachkräfte mit passgenauen Fortbildungsangeboten, Fachtagungen und Veröffentlichungen begleitet. Mit ihrer Kompetenz und ihrem Engagement für eine digitalisierte Gesellschaft, an der alle Kinder und Jugendliche teilhaben, hat sie der Fachwelt wie auch der Arbeit der Aktion Jugendschutz wichtige Impulse gegeben. Daran werden wir anknüpfen können. Es fällt uns schwer, eine so kompetente Kollegin ziehen zu lassen, und zugleich wünschen wir ihr von Herzen alles Gute.

Umgang mit Rassismuserfahrungen von Jugendlichen

20. und 21. Juli 2017, Stuttgart-Birkach

Jugendliche mit Migrationshintergrund machen die Erfahrung rassistischer Diskriminierung und Ausgrenzung. Darunter verstehen wir sowohl strukturellen als auch alltäglichen Rassismus in Face-to-face-Situationen. Neuere Studien belegen, dass die Betroffenen wenige Möglichkeiten bekommen, darüber zu sprechen.

In diesem Seminar werden Ansätze vorgestellt und diskutiert, wie das in pädagogischen Settings gelingen kann. Im Mittelpunkt stehen sowohl Möglichkeiten der Alltagskommunikation als auch die Gestaltung von Projekten, die Jugendliche ermutigen, sich über Rap und Tanz auszudrücken.

Information: Lothar Wegner



Seit 1. April 2017 ist Sabrina Maroni neue Mitarbeiterin der ajs. Frau Maroni hat an der Katholischen Hochschule in Freiburg Soziale Arbeit studiert und anschließend den Magisterstudiengang Kinder- und Jugendmedien an der Universität Erfurt absolviert. Dort setzte sie Schwerpunkte in den Bereichen Jugendmedienschutz und Medien in der Familie. Neben dem Studium war sie für den Fernsehsender KiKA tätig. Anschließend koordinierte sie für die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) einen Jugendschutzparcours in den Bundesländern Bayern und Thüringen. Zuletzt war Frau Maroni in einem EU-Projekt tätig, das digitale Kompetenzen an Jugendliche vermittelte.

Die Themen Jugendmedienschutz und medienpädagogische Angebote für sogenannte schwer erreichbare Zielgruppen stehen im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Sabrina Maroni arbeitet zudem im Bereich „Medienpädagogische Fortbildung für die Sozialpädagogische Familienhilfe“ mit, einem Angebot der ajs im Rahmen der Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg.

Noch Fragen?

- **Elke Sauerteig**
Geschäftsführerin, Kinder- und Jugendschutzrecht, Öffentlichkeitsarbeit
Tel. (07 11) 2 37 37 11, sauerteig@ajs-bw.de
 - **Henrik Blaich**
Medienpädagogik,
Medien und Gewaltprävention
Tel. (07 11) 2 37 37 18, blaich@ajs-bw.de
 - **Ute Ehrle**
Suchtprävention, Gesundheitsförderung
Tel. (07 11) 2 37 37 19, ehrle@ajs-bw.de
 - **Ursula Kluge**
Medienpädagogik, LandesNetzWerk für medienpädagogische Elternarbeit
Tel. (07 11) 2 37 37 17, kluge@ajs-bw.de
 - **Bernhild Manske-Herlyn**
Sexualpädagogik, Kinderschutz, Prävention von sexueller Gewalt
Tel. (07 11) 2 37 37 13
manske-herlyn@ajs-bw.de
 - **Sabrina Maroni**
Jugendmedienschutz, Medienpädagogik
Tel. (07 11) 2 37 37 15, maroni@ajs-bw.de
 - **Lothar Wegner**
stellv. Geschäftsführung, Gewaltprävention, Migrationspädagogik
Tel. (07 11) 2 37 37 14, wegner@ajs-bw.de
- Verwaltung**
- **Sarah Brandstetter**
Sekretariat Geschäftsführung
Tel. (0711) 2 37 37 20
brandstetter@ajs-bw.de
 - **Susann Breinbauer**
Sekretariat Fachreferate Medien, Sexualpädagogik, Kinderschutz
Tel. (0711) 2 37 37 12
breinbauer@ajs-bw.de
 - **Sandra Mollenhauer**
Sekretariat Fachreferate Medien, Gewaltprävention, Migrationspädagogik
Tel. (0711) 2 37 37 22
mollenhauer@ajs-bw.de

Jahrestagung der Aktion Jugendschutz | 27. Juni 2017, Filderhalle Leinfelden-Echterdingen

MEDIEN: Macht – Gewalt – Kultur?

Herausforderungen für Medienpädagogik und politische Bildung

Einen einfachen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen medialen Gewaltdarstellungen und Gewalt(handeln) in der Realität gibt es nicht. Medien sind allerdings nicht wirkungslos und das individuelle reale Umfeld hat entscheidenden Einfluss auf die Verarbeitung medialer Gewalt. Und unser mediales wie reales Umfeld verändert sich:

Die Bedeutung von (Bewegt)Bildern ist immens gestiegen. Wir sind mehr denn je davon umgeben, sie prägen unsere Weltwahrnehmung und unsere subjektive Realität. Es gibt neue realistische, detailgetreue Gewaltdarstellungen in populären (Qualitäts)Serien wie Game of Thrones, in denen versucht wird, noch spektakulärer und auch gewalttätiger bzw. schockierender zu sein. Hinzu kommen unzählige Videos von realer Gewalt auf der Timeline von Facebook, bei YouTube. Wie gehen Heranwachsende damit um? Sind sie in der Lage, die Bilderflut und deren Wirkung zu bewältigen?

Medien sind durch Berichterstattung und öffentliche Diskussion eine wichtige Größe in der Meinungsbildung. Dabei sind die „vernetzten Vielen“ des digitalen Zeitalters längst zu einer publizistischen Macht geworden. Es scheint kaum noch wichtig zu sein, dass Informationen geprüft sind. Entscheidender sind die Aktualität der Meldungen, deren schnelle Weitergabe und die Meinung der eigenen Online-Kontakte. Herabwürdigung oder Verunglimpfung Andersdenkender zeigen das Fehlen einer Kultur der Auseinandersetzung.

Und: „Hate Speech“ hat nichts mit dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung zu tun und kann nicht als „normale“ Umgangsform im Netz hingenommen werden.

Die skizzierten medialen Entwicklungen stellen den Kinder- und Jugendschutz vor neue Fragen hinsichtlich der Wirkung von Medien. Denn Menschenfeinde und Extremisten aus aller Welt kennen die Kommunikationsgewohnheiten und popkulturellen Codes der Heranwachsenden genau und sprechen sie exakt mit diesen Mitteln an, zu Propagandazwecken und zur Rekrutierung.

Mehr denn je ist Bildlesekompetenz, sind Kritik- und Reflexionsvermögen seitens der Mediennutzer gefragt. Ebenso gilt es, adäquate Konzepte zu entwickeln, die medienpädagogische und politische Bildung miteinander verbinden.

Die Geschäftsstelle und das Präsidium der Aktion Jugendschutz laden herzlich ein.

Programm

10.00 Uhr **Eröffnung**

Marion v. Wartenberg

Präsidium der Aktion Jugendschutz

Ministerialdirektor

Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann

Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

10.30 Uhr **Zwischen Partizipationsversprechen und Algorithmenmacht: Wie soziale Medien Meinungsbildung und Orientierung in der Welt prägen**

Jan-Hinrik Schmidt,

Hans-Bredow-Institut für Medienforschung Hamburg

11.30 Uhr **Machtvolle Medienphänomene – über die Streuung von Bildern und die Alltäglichkeit von Gewalt**

Dr. Jan G. Grünwald,

Frankfurt a. M.

14.00 – 16.00 Uhr **Foren**

Information und Anmeldung: www.ajs-bw.de

Foren

■ **Bilder lesen lernen** – Wie Bildgestaltung und Filmkompetenz helfen kann, Werbung, TV-Shows oder die Bildberichterstattung in Zeitungen und Zeitschriften anders wahrzunehmen.

Stefan Stiletto, Filmpädagoge und Filmjournalist, München

■ **Jugend- und Popkultur und Extremismus**

Wie Rechtsextremisten und Islamisten versuchen, Jugendliche zu erreichen.

Ingrid Hofmann, Flemming Ipsen, jugendschutz.net, Bereich politischer Extremismus

■ **Wir wollen die rechten Gehirnhälften erreichen**

Fake News und Hate Speech: Methoden zur Förderung einer kritischen Informationskompetenz.

Markus Gerstmann, ServiceBureau Jugendinformation, Bremen

■ **Politische Bildung für Jugendliche im digitalen Raum**

Strategien und Beispiele für erfolgreiche gesellschaftspolitische Jugendarbeit im Netz.

Anna Moll, Creative Producerin, Berlin

■ **„Ist doch ein Kompliment ...“**

Für sexuelle Selbstbestimmung, gegen rassistische Zuschreibung und Sexismus.

Anna Schiff, Rosa Luxemburg Stiftung NRW

Schriftenreihe Medienkompetenz

■ *Drei- bis Achtjährige*

Aufwachsen in mediatisierten Lebenswelten

■ *Acht- bis Dreizehnjährige*

Wir sind doch keine Babys mehr!

■ *Die Jugendlichen*

Wir wissen Bescheid – besser als Ihr!

■ *Zehn Jahre Web 2.0*

Bilanz, Ausblick und pädagogische Herausforderungen

■ *Grundrechte im digitalen Raum*

NEU

Ein Thema für den Jugendschutz

Bezug: www.ajs-bw.de

